

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Tageszeitung für die Landgemeinden Allendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Präßen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Koblappner

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“
„Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterschienen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 103

Bad Schandau, Mittwoch, den 4. Mai 1927

71. Jahrgang

Die Eröffnung der Weltwirtschaftskonferenz

1000 Wirtschaftsdelegierte in Genf.

Strenge Vorsichtsmaßnahmen für die Russen.
Die Zusammensetzung der am Mittwoch beginnenden Tagung der Vorbereitenden Wirtschaftskonferenz steht nunmehr fest. An der Konferenz nehmen insgesamt 43 Staaten teil. An Nichtmitgliedern des Völkerbundes gehören die Vereinigten Staaten, Sowjetrußland und die Türkei der Konferenz an. Jede Delegation ist durch fünf Delegierte sowie eine größere Anzahl von Sachverständigen vertreten, so daß mit den vom Völkerbundrat direkt zu der Wirtschaftskonferenz ernannten Delegierten und der Presse insgesamt eine Teilnehmerzahl von über 1000 Personen erreicht wird. An die organisatorischen Vorbereitungen für die Konferenz sind infolge des außerordentlich umfangreichen dokumentarischen Materials und der Vielgestaltigkeit der zu behandelnden Probleme auf den Gebieten der Industrie, des Handels, des Zollwesens und der Landwirtschaft an das Generalsekretariat des Völkerbundes und insbesondere an dessen Wirtschaftsabteilung gewaltige Anforderungen gestellt worden.

Nach den bisherigen Dispositionen wird die Eröffnungssitzung durch die Rede des Präsidenten Eymonts und die Formalitäten für die Konstituierung der drei Hauptausschüsse für Industrie, für Zoll- und Handelswesen und für landwirtschaftliche Fragen ausgefüllt werden. Die ersten Redner für die allgemeine Aussprache, die zum Wochenende abgeschlossen werden soll, sind nach der vorläufigen Reihenfolge Professor Gustav Cassel für Schweden, Runciman für England, Loucheur für Frankreich und von Siemens für Deutschland, der wahrscheinlich seine mit großem Interesse erwartete Rede am Schlusse der Vormittagsitzung oder zu Beginn der Nachmittagsitzung des Donnerstags halten wird.

Großes Interesse wendet man in Genf der russischen Delegation zu, die auf ihrer Durchreise zur Wirtschaftskonferenz übrigens für einen Tag in Berlin weilte, wo sich zu ihrer Begrüßung der Chef der Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion, Mitarbeiter der Handelsvertre-

tung sowie der russischen Botschaft eingefunden hatten. Für die russischen Delegierten in Genf sind außerordentlich strenge Vorsichtsmaßnahmen zur Vermeidung jedes Zwischenfalles getroffen worden. Angesichts der Knappheit des Genfer Polizeipersonals werden Sicherheitsagenten aus anderen Kantonen herangezogen werden, die bereits bei den Konferenzen von Lausanne und Locarno den Überwachungsdiens ausgeführt haben.

Allerdings wird von den schweizerischen Behörden vorausgesetzt, daß die Tätigkeit der russischen Delegierten lediglich im Rahmen ihrer Mission bleibt und daß sie auf jede kommunistische Propaganda in der Schweiz verzichten werden.

Loucheur über die Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 3. Mai. Der erste französische Delegierte für die Weltwirtschaftskonferenz, Loucheur, beschäftigt sich heute im Journal de Genève mit den voraussichtlichen Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz. Er betont darin, daß nach den Erfahrungen der Geschichte vielfach wirtschaftliche Differenzen Ursache von Kriegen geworden seien. Zwar werde es keinesfalls möglich sein, auf der Weltwirtschaftskonferenz eine ideale Verteilung der Rohstoffe und der Waren herbeizuführen, aber es sei die Aufgabe des Völkerbundes, die Mittel zur Erreichung dieses wirtschaftlichen Ideals zu finden. Die Umgestaltung der Grenzen Europas nach dem Weltkriege habe eine weitgehende Aenderung des internationalen Handels herbeigeführt. Infolge der großen finanziellen Schwierigkeiten verschiedener europäischer Staaten bestimme Amerika gegenwärtig mehr als die Hälfte des Goldes der Welt und sei der Hauptkreditgeber Europas geworden. Hierdurch seien neue Probleme für die europäische Wirtschaft aufgetaucht, die jetzt in Gemeinschaft mit den Vereinigten Staaten auf der Konferenz geprüft werden müßten. Loucheur betont zum Schluß, daß man zweifellos auf der bevorstehenden Konferenz zu praktischen Erfolgen gelangen werde.

Abkommen gelangen werde. Die ganze Frage könne, obwohl sie leicht zu Streitigkeiten führen könnte, in freundschaftlicher Weise geregelt werden, wenn die diesbezüglichen Verhandlungen in dem richtigen Geist geführt würden. Die augenblickliche Lage verlange Geduld und Verständigungswillen.

Englischer Protest in Hankau.

Die Kantinger Ausschreitungen.
Der Vertreter des belgischen großbritannischen Gesandten in Hankau hat bei der hankauer Regierung formell gegen die Befestigung des britischen Konsulats und anderen britischen Eigentums durch die Südruppen in Tsching-Kiang Einspruch erhoben.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, es sei jetzt eine Einigung über den Inhalt der zweiten Note, betreffend die Kantinger Ausschreitungen, zwischen den Regierungen und den belgischen Gesandten der vier beteiligten Mächte erzielt worden. Bevor die Note abgefaßt werde, solle aber noch einmal versucht werden, sich die Mitarbeit der Vereinigten Staaten zu sichern, obwohl diese jetzt sehr unwahrscheinlich sei.

Weitere Kommunisteneinrichtungen in Peking.

Paris. Nach einer Meldung der Agentur Indo-Pacifique aus Peking sind drei weitere chinesische Kommunisteneinrichtungen in Peking errichtet worden, so daß die Zahl der Hingerrichteten auf 23 gestiegen ist. Die Verurteilungen weiterer russischer Bolschewisten zu Gefängnisstrafen und neue Hinrichtungen werden erwartet.

Die Feuerkämpfe auf dem Yangtse.

London, 3. Mai. Wie die Admiralität berichtet, ist der Hilfsdampfer „Kiawo“ erneut auf dem Yangtse mehrmals beschossen worden. Zwei Mann wurden verwundet. Das Feuer wurde erwidert. Die Friedensverhandlungen zwischen Tschang-kaischik und Sunschuanfang sind gescheitert, da sich letzterer weigerte, gegen Tschang-kaischik, seinem Nachfolger in Schanghai, ins Feld zu ziehen.

Die uneinigen China-Mächte.

Nach Meldungen aus Peking hat eine neue Besprechung der Vertreter der fünf Vertragsmächte über die zweite Protestnote an Hankau abermals kein Ergebnis gezeitigt. Wie weiter gemeldet wird, hat das japanische Auswärtige Amt die Botschafter in Washington und London angewiesen, in den dortigen Außenämtern Vorstellungen zu erheben und auf die Bedeutung der Zusammenarbeit der fünf Vertragsmächte in der Frage der hankauer Zwischenfälle hinzuweisen.

Der preussische Handelsminister gegen die Uebergriffe des französischen Bergbaues im Saargebiet.

Berlin, 3. Mai. Bei der heutigen Beratung des Bergereits im Preussischen Landtag nahm Handelsminister Dr. Schreiber das Wort. U. a. ging er auf die Besorgnisse wegen eines Uebergriffens des französischen Bergbaues von Lothringen aus in das Saargebiet ein und erklärte, daß tatsächlich an mehreren Stellen dicht an der Grenze des Saargebietes umfangreiche Schachtanlagen errichtet worden seien, woraus sich für das Saargebiet neue erhebliche Schädigungen ergeben. Außerordentlich überraschend sei, daß sich die Saarkommission damit einverstanden erklärt habe. Der Minister bezeichnete es als einen Mißbrauch, wenn die reichen Kohlenfelder des Saargebietes nicht gefördert würden, wo sie lägen, sondern sozusagen auf fremdes Gebiet verschoben würden. Wenn die Volksabstimmung zu Deutschlands Gunsten ausfalle, so habe es das Recht, die gesamten Kohlengruben vom französischen Staat zurückzukaufen. Dieses Recht umfasse auch die Kohlenvorkommen im Saargebiet, die zurzeit von französischem Boden aus abgebaut würden. Der Minister erklärte namens der Preussischen Regierung, die sich hierbei in vollem Einverständnis mit der Reichsregierung befände, daß Preußen niemals auf dieses Recht verzichten werde.

Frankreichs Schwierigkeiten bei der Ruhrbesetzung

Ein neues Dokument.

Paris, 4. Mai. Der frühere Leiter der franko-belgischen Eisenbahngesellschaft, Braud, bereitet zurzeit ein Memoirenbuch über den Verlauf der Ruhrbesetzung vor, das zum größten Teil bereits abgeschlossen ist. Es fehlt nur noch die Vorrede, die von Poincaré geschilbert werden soll. Das Buch bringt Aufschlüsse über die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Eisenbahngesellschaft kämpfen hatte. An einer Stelle heißt es: „Wir kämpften mit dem Mute der Verzweiflung. Bis kurz vor der Einstellung des passiven Widerstandes tauchte angesichts der sich abzeichnenden Schwierigkeiten wiederholt der Gedanke auf, das Ruhrunternehmen überhaupt aufzugeben.“

Sterrett über Aenderungsmöglichkeiten des Dawesplanes.

New York. Das frühere Mitglied des Transfer-Ausschusses, Sterrett, erklärte in der Handelskammer über den Dawesplan: Der Dawesplan sei keine Endregelung und es sei zu hoffen, daß man in nicht zu fernher Zeit zu einem umfassenden endgültigen

Für eilige Leser.

* Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei Reichstagsabgeordneter Dremwig ist auf der Rückkehr von zwei aufeinander folgenden Vortragsreisen nach Berlin schwer erkrankt. Die Ärzte stellen einen Nervenzusammenbruch fest.

* Wie aus französischer Quelle verlautet, werden im Sinne der Abmachungen vom 12. Februar die französischen Truppen Saarlands am kommenden Mittwoch verlassen haben.

* Gestern ist ein weiteres englisches Militärflugzeug abgestürzt. Der Pilot ist seinen Verletzungen erlegen.

Litauens Weg zur Diktatur.

Von Dr. Reinhold Jenz, Königsberg.

Das kleine Agrarland Litauen mit seinen zwei Millionen Einwohnern ist gewiß nicht berufen, in der europäischen Politik eine bedeutende Rolle zu spielen. Seine eigentümliche Stellung in der Gruppe der östlichen Randstaaten, seine sprunghafte innenpolitische Entwicklung, die neuerdings zur unverfüllten Militärdiktatur unter Ausschaltung des Parlaments geführt hat, bedingt es aber, daß man auch diesem Zwergstaate größere Beachtung zuwenden muß.

Eins steht unzweifelhaft fest, unter dem Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ist mit Litauen ein Staatsgebilde geschaffen worden, ohne daß seine auf ziemlich tiefer Kulturstufe stehende Bevölkerung zur Selbstverwaltung reif war. Das erste und auch weiter nicht verunverfänglich, denn wenn Litauen auch um das Jahr 1300 als ein mächtiges Großherzogtum bestand, so kam es doch schon 1569 unter polnische und später unter russische Herrschaft, die beide kein Interesse daran hatten, die Bildung der Bevölkerung zu heben. Auch heute noch ist die Zahl der Analphabeten erstaunlich hoch. Der Klerus besitzt uneingeschränkte Macht auf dem flachen Lande, während die eigentliche Gewalt seit Dezember 1926 in den Händen der Militärführer liegt, deren Wünsche von einer Scheinregierung ausgeführt werden.

Litauens Befreiung vom russischen Joch ging während der deutschen Besetzung des Baltikums vor sich. Die im Dezember 1917 gewählte Landesversammlung bildete einen Ausschuss von 20 Mitgliedern, die sogenannte Taryba. Ihr Präsident war der Rechtsanwalt Dr. Smetona, der am 18. Februar 1918 Litauen als unabhängigen Staat mit der Hauptstadt Wilna erklärte und das Land unter den militärischen Schutz Deutschlands stellte. Am 11. Juli wählte die Taryba, — eine heute fast völlig vergessene Tatsache, — den Herzog Wilhelm von Urach, Grafen von Württemberg mit 13 Stimmen zum König von Litauen. Als Monarchie dem wilden Parteigetriebe entzogen, hätte Litauen eine gesunde Entwicklung nehmen können. Nach der Revolution in Deutschland bekannte sich auch Litauen zur Republik. Der erste Staatspräsident wurde Smetona. Er trat aber ein Jahr später zurück, betätigte sich als Schriftsteller und Professor der Universität Kowno, um erst wieder im Dezember 1926 ganz überraschend das Amt des Staatspräsidenten anzutreten.

Litauens Wirtschaftslage leidet seit Jahren unter dem förmlichen Kriegszustand mit Polen, das ihm am 3. Oktober 1917 während eines Waffenstillstandes das Wilnaer Gebiet mit seiner alten Hauptstadt Wilna entriß. Da Litauen seitdem jede Handelsbeziehung mit Polen ablehnte, ist auch heute noch die Holzflößerei auf dem Memelstrom unmöglich, die die Wirtschaftslage in Litauen, besonders aber in dem von ihm verwalteten Memelgebiete verbessern würde. Der ständige Argwohn gegen weitere polnische Eroberungsgelüste bestimmte Litauen, sich mit übermäßigen Heeresausgaben zu belasten, und hatte stets entscheidenden Einfluß auf die litauische Außenpolitik. Der Chauvinismus, der auch auf wirtschaftlichem Gebiete kein Einsehen kannte, ließ das Land immer mehr verarmen. Mitternachten hingen hinzu, so daß heute in großen Teilen des Landes Hungernot herrscht und allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres 7000 Personen auswanderten.

Unter solchen Umständen mußte die Unzufriedenheit in allen Teilen der Bevölkerung wachsen. Sie richtete sich zunächst gegen den Bloß der Christlich-Demokraten, der Christlichen Arbeiterpartei und des Bauernbundes, der drei Jahre lang seine unumschränkte Herrschaft ausübte und sich dabei unter dem Schutz eines dauernden Belagerungszustandes eine arge Mißwirtschaft zuschulden kommen ließ. So ereignete es sich, daß bei den Neuwahlen zum litauischen Sejm, die im Mai 1926 stattfanden, die kleinbürgerlichen Volkssozialisten und die Sozialdemokraten ihre Mandatsziffern verdoppeln und zusammen mit den Minderheiten, die durch 5 Memelländer verstärkt wurden, eine neue Regierung bilden konnten. Damit war ein neuer Kurs eingeleitet, der Belagerungszustand wurde aufgehoben und die Minderheiten, deren Stimmen den Ausschlag gegeben hatten, wurden weniger bedrückt als bisher. Der neue Ministerpräsident Sleshevicius verstärkte das bisher lose Freundschaftsverhältnis mit Rußland, indem er am 29. September 1926 in Moskau einen Non-Aggressionsvertrag mit Rußland unterzeichnete.

Die verbesserte Lage der Minderheiten und der Vertrag mit den Sowjets, die in Litauen durch rege Propaganda sehr an Boden gewonnen hatten, erschienen den nationalistischen Kreisen, namentlich im Heere, unerträglich. In der Nacht, die den Festlichkeiten zum 60. Geburtstag des volkssozialistischen Staatspräsidenten Orinius vorausging, am 17. Dezember 1926, unternahm das Militär mit Hilfe der Tautinkai einen Putsch, der von dem Obersten Glowackis und dem Oberleutnant Plehavičius vorbereitet worden war. Tatsächlich war damit schon die Militärdiktatur errichtet, wenn sich auch die eigentlichen Führer in den Hintergrund zurückzogen und von dort aus die Handlungen der neuen Regierung bestimmten. Diese wurde gebildet von den Tautinkai, den Nationalsozialisten Smetonas, die bei

Der Sejmwahl nur drei Stimmen ausgebracht hatten, ferner aus den Christlich-Demokraten und der Bauernpartei. Smetona wurde Staatspräsident, sein Anhänger Professor Woldemaras Ministerpräsident.

Der Dezemberputsch war unter der Parole „gegen die Fremdstämmigen und gegen die Kommunisten“ vor sich gegangen. Demgemäß setzte sofort eine neue Bedrückung der Minderheiten, namentlich der Memelländer ein. Unter Kriegszustand und Preisfestsetzung wurden die Neuwahlen zum memelländischen Landtage auf unbestimmte Zeit vertagt. Entlassungen von deutschen Beamten sind seitdem an der Tagesordnung. Noch schroffer ging man gegen die Kommunisten vor, unter welchen Begriff allmählich die gesamte Opposition gerechnet wurde. Todesurteile wurden von Feldgerichten gefällt und vollzogen. Mißliebige scharenweise im Konzentrationslager von Boronj untergebracht. Immer stand dabei die Regierung unter dem Befehl des Militärs.

Selbstverständlich wurde dadurch ein Gegenruck erzeugt. Es hatte den Anschein, als ob bereits am 14. März d. Js. ein Linksputsch erfolgen sollte. Jedoch wurde der volkssozialistische Abgeordnete Dr. Pajausis als Führer des Putsches verhaftet, und als der Sejm deswegen am 12. April mit einer Mehrheit von 15 Stimmen der Regierung ein Mißtrauensvotum aussprach, wurde er aufgelöst, ohne daß Neuwahlen angesetzt wurden.

Seit dieser Zeit herrscht in Litauen unverhüllte Militärdiktatur. Die Bauernpartei, die mit der Opposition stimmte, hat ihren Minister fallen lassen. Die Christlich-Demokraten sind neuerdings ebenfalls von der Regierung abgerückt und verlangen baldige Neuwahlen. Selbst die Tautininkai sind mit den bisherigen Methoden nicht einverstanden, und Woldemaras würde gern seinen Posten als Ministerpräsident niederlegen, wenn der tatsächliche Diktator, Medawicius, es gestattete. Inzwischen treibt das Land immer mehr dem wirtschaftlichen Ruin entgegen. Die innere Spannung drängt zu neuen Putschen, während an der Grenze Polen darauf wartet, um unter dem Vorwande, Ruhe zu schaffen, sich Litauens zu bemächtigen.

Der Reichsarbeitsminister über Arbeitsmarkt und Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 4. Mai. Reichsarbeitsminister Brauns äußert sich gegenüber einem Vertreter der Germania über Arbeitsmarkt und Erwerbslosenfürsorge u. a. wie folgt:

Im Frühjahr sei ein sehr erfreulicher Rückgang der Zahl der unterstehenden Erwerbslosen festzustellen. Der Höhepunkt habe am 15. Januar bei mehr als 1,83 Millionen unterstehenden Erwerbslosen gelegen, sie sei bis zum 15. April bis auf 987 984, also um 850 000 zurückgegangen. An einen allgemeinen Abbau der Erwerbslosenfürsorge denke kein Mensch. Die Reichsregierung habe in der Feststellung der Unterstützungsdauer gesehlich einen gewissen Spielraum; sie habe seit jeher nach Bedarf von der Ermächtigung Gebrauch gemacht, die Unterstützungsdauer zu verlängern, wenn eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes es erfordert habe, und es entspreche auch nur diesem Verfahren, wenn sie jetzt die Unterstützungsdauer herabsenke, für solche Berufsgruppen, für die sie angesichts der Besserung des Arbeitsmarktes gerechtfertigt sei. Die Regierung gehe dabei aber mit der gebotenen Zurückhaltung zu Werke. Auch hinsichtlich der Krisenfürsorge sei in keiner Weise an einen allgemeinen Abbau gedacht. Die Krisenfürsorge sei eine Maßnahme für außergewöhnliche Notzeiten. Es scheine also nicht gerechtfertigt, daß für Berufsgruppen, für welche die Erwerbslosenfürsorge in ihrer Möglichkeit nicht voll ausgeschöpft werde, die Krisenfürsorge eintrete. Es sei daher nur eine logische Konsequenz, wenn für die genannten Berufsgruppen die Krisenfürsorge eingestellt werde. Die zahlenmäßige Bedeutung einer derartigen Maßnahme sei übrigens nicht groß. In der Krisenfürsorge befände sich ein immerhin nennenswerter Prozentsatz von Arbeitslosen, die für den Arbeitsmarkt ernstlich nicht mehr in Betracht kämen. Solche Personen gehörten, streng genommen, nicht in die Krisenfürsorge, sondern, soweit sie bedürftig sind, in die Wohlfahrtspflege.

Um Hans Gildenherz.

Roman von Wolfg. Marken

Urheber-Rechtsschutz durch Verlag Oskar Meister, Verdau, Sa.

30)

(Nachdruck verboten)

Der Polizeidirektor John Harlander sah fast verstört auf das amtliche Schreiben des Gouverneurs in Cincinnati, das eine Extradition von zwei Policemen überbrachte.

Es hieß darin: „... wird dem Ersuchen des Generaldirektors Ball, Washington, entsprochen und der Einfahrer Willy Schulze aus dem Staate Ohio verwiesen wegen Aufwiegelung der Arbeiterschaft und Vergehen gegen das Gesetz der Prohibition. Seine Ausweisung hat sofort zu erfolgen. Die Policemen Charles Andy und Hall Hörning sind beauftragt, den Erwähnten zu verhaften und abzuschieben.“

Er sah abwechselnd auf das Schriftstück und dann auf den Policeman aus Cincinnati.

„Das wird wohl nicht stimmen, Mann,“ sagte er kopfschüttelnd. „Warten Sie, ich muß erst mit dem Bürgermeister und dem Sheriff reden.“

Er klingelte beide an und teilte ihnen mit, daß der Gouverneur Schulze ausweisen lassen wolle. Beide ersuchten ihn, energisch zu protestieren.

Der Polizeidirektor rief dann den Gouverneur in Cincinnati an.

„Ich muß gegen den Ausweisungsbefehl gegen Mr. Schulze stark protestieren, Herr Gouverneur,“ sagte er energisch. „Gerade Mister Schulze hat uns bei der Aufklärung des furchtbaren Verbrechens, das sich hier ereignete, wertvolle Dienste geleistet, und ich brauche ihn noch weiter.“ „Das geht nicht,“ antwortete der Gouverneur ärgerlich. „Es liegen hier triftige Gründe vor, die die sofortige Ausweisung erforderlich machen.“

„Es ist unmöglich, Ihrer Anforderung zu folgen.“

Der Gouverneur wurde schärfer.

„Ich mache Sie darauf aufmerksam, Herr Polizeidirektor, daß Ihre Weigerung mich zwingen würde, Sie sofort Ihres Postens zu entheben.“

Der Polizeidirektor wurde wütend.

„Tun Sie, was Sie für recht finden, Herr Gouverneur. Ich bin allen Anforderungen als gewissenhafter Beamter stets nachgekommen, aber hier ist es nicht möglich. Ich empfinde es als meine höchste Beamtenpflicht, das schreckliche Verbrechen, das bis jetzt vier meiner Leute das Leben gekostet hat, zu sühnen, und Sie hindern mich daran, wenn Sie den hochanständigen Willy Schulze ausweisen lassen. Tun Sie, was Sie wollen, Herr Gouverneur. Schluß.“

Er warf den Hörer auf die Gabel, und der Gouverneur empfand es wie eine Art Ohrfeige.

Und während der Gouverneur in seinem Arbeitszimmer vor Wut fast veraina, aab der Polizeidirektor den beiden

Die Arbeitslosenversicherung im Sozialpolitischen Reichstagsauschuß.

Berlin, 2. Mai. Im Ausschuß des Reichstages wurde im weiteren Verlauf der Sitzung § 64 der Arbeitslosenversicherung über die Gewährung von Familienzuschlägen in einer abgeänderten Fassung angenommen. § 65, nach dem sich die Höhe der Arbeitslosenunterstützung nach dem Arbeitsentgelt richtet, wurde im Wortlaut der Regierungsvorlage angenommen. § 66, der die Ausführungsbestimmungen über die Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach 9 Lohnklassen vorsieht, wurde ebenfalls angenommen. Im § 67 wurde die Festlegung eines Einheitslohnes in neun Lohnklassen in Höhe von 12 bis 54 Mark als Grundlage für die Unterstützung beschlossen. Der § 68, der die Höhe der Hauptunterstützung und der Familienzuschläge feststellt, wurde in abgeänderter Fassung angenommen. § 69 wurde ebenfalls abweichend von der Regierungsvorlage in der Form angenommen, daß die Reichsausgleichsstelle nötigenfalls weitere Lohnklassen einführen könnte. Der Ausschuß vertagte dann die Weiterberatung auf Mittwoch.

Die Best'schen Aufwertungsanträge abgelehnt.

Berlin, 3. Mai. Im Rechtsauschuß des Reichstages wurde heute der Gesetzentwurf über die Verzinsung aufgewerteter Hypotheken und ihre Umwandlung in Grundschulden beraten. Insbesondere wurden die vom Abg. Best gestellten Änderungsanträge diskutiert, die die Grundzüge der Aufwertungsgegebung teilweise ändern wollen. Die Best'schen Anträge wurden nach eingehender Aussprache mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt, weil ihre Annahme nach Ansicht der Mehrheit des Ausschusses technisch undurchführbar ist.

Leutheuser — thüringischer Ministerpräsident.

Weimar, 4. Mai. Das thüringische Kabinett wählte am Dienstag den bisherigen Vorsitzenden des Staatsministeriums, Dr. Leutheuser, wiederum zu seinem Vorsitzenden.

Diktaturgewalt des schlesischen Wojewoden

Wie die Ostdeutsche Morgenpost mitteilt, ist nach Ablehnung der deutschen Änderungsanträge über die Neufassung der deutschen Städteordnung für Ostoberschlesien im schlesischen Sejm zu erwarten, daß die polnische Fassung angenommen wird. Danach erhält der schlesische Wojewode die Ermächtigung, Stadtverordnetenversammlungen oder Gemeindevertretungen ohne Angabe von Gründen aufzulösen und an ihre Stelle kommissarische Verwaltungsausschüsse zu setzen. Besonders getroffen dürften dadurch die Städte mit deutscher Mehrheit, wie Kattowitz und Königshütte, werden.

Neuer Ueberfall auf das Roucier-Opfer Mathes.

Germersheim, 4. Mai. Der feinerzeit von dem französischen Leutnant Roucier angeschossene Landwirt Josef Mathes ist erneut das Opfer eines Ueberfalles durch französische Soldaten geworden. Als er bei einer Besorgung über die Straße ging, wurde er von drei Unteroffizieren des 171. Infanterie-Regiments am Arme gepackt und mit „Mathes“ angerufen. Mathes, der noch schwer an den Folgen des Kopfschusses leidet, wollte sich auf nichts einlassen, erhielt aber, wie von Zeugen ausgesagt wird, von einem Soldaten einen heftigen Schlag auf den Kopf. Später lauerten ihm die Soldaten nochmals auf und nur das energische Eingreifen eines Café-Besitzer, bei dem Mathes Zuflucht suchte, konnte die ihn verfolgenden Soldaten von weiteren Tötlichkeiten abhalten.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Der Fall Olympia-Witing.

Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, bezieht sich das vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ergangene Urteil nur auf das von Preußen auf Grund des Republikbeschutzes verhängte Verbot. Da Preußen aber nachträglich ein Verbot auch auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1921 erlassen hat, durch das Verbot verboten werden, die sich militärisch betätigen, und gegen dieses Verbot eine Berufung nicht möglich ist, so bleibt auch die Olympia weiterhin verboten. Das Verbot auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1921 ist nur nach erfolgter Zustimmung der Reichsregierung zulässig. Die Zustimmung ist feinerzeit gegeben worden. Da der Reichsregierung bisher die Begründung des Urteils des Staatsgerichtshofes noch nicht im Wortlaut vorliegt, ist sie bisher auch nicht in der Lage, zu dem Verbot der Olympia auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1921 Stellung zu nehmen.

Ostpreußens Forderungen.

Der Provinzialauschuß, der in Königsberg zusammentrat, bezieht in einer Entschließung die Verteilung der Mittel aus dem Grenzprogramm für 1927, wie sie jetzt erfolgen soll, als für Ostpreußen v ö l l i g u n z u r e i c h e n d und nicht der von der Reichs- und der Staatsregierung anerkannten Sonderstellung der Provinz entsprechend. Der Provinzialauschuß ersucht, so heißt es in der Entschließung weiter, den Oberpräsidenten, dem Reichskanzler persönlich die Stimmung der Provinz und das Verlangen nach befriedigender Berücksichtigung ihrer berechtigten Interessen vorzutragen. Ebenso bittet der Provinzialauschuß die Vertreter Ostpreußens, unverzüglich in gleicher Richtung auf die Reichs- und die Staatsstellen einzuwirken.

Norwegen.

Die Aufhebung des Verbots des Branntweinverkaufs. Das Zollkomitee des Storting hat sich einstimmig dem Vorschlage der Regierung angeschlossen, wonach die Branntweinumschlagabgabe an die Staatskasse auf 20 % des Bruttopreises festgesetzt wird. Der Branntweinverkauf hat jetzt begonnen, nachdem elf Jahre ein Verbot bestanden hatte. In Oslo waren die Verkaufsstellen ziemlich stark besucht. Mit dem Ausschaut in Gastwirtschaften ist noch nicht begonnen worden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. In Erwiderung des Besuches, den einige Herren vom Hauptverband der Industrie Österreichs Mitte März dem Reichsverband der Deutschen Industrie abgestattet haben, werden zur Fortführung der angebahnten Zusammenarbeit, namentlich Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 6. Mai in Wien eintreffen.

Karlsruhe. Reichsminister des Innern von Neubell ist in Karlsruhe eingetroffen, um der badischen Regierung einen Besuch abzustatten.

Washington. Die vier Heeresflugzeuge, die den Panamerikaflug ausgeführt haben, trafen hier ein und wurden von Präsident Coolidge und anderen hohen Beamten begrüßt.

Wozen. Sämtliche im Auslande weilende italienische Hochschüler sind zum 23. Juli einberufen worden. Bisher hatte der italienische Kriegsminister den im Auslande Studierenden Ausschub für das Einrücken zum aktiven Heeresdienst bewilligt.

Policemen Order, schleunigst wieder nach Cincinnati heimzufahren.

Dem Befehl konnten sie sich nicht widersetzen.

Der Polizeidirektor haßte Ball und hatte den allmächtigen Herrn immer gehaßt. Er war ihm stets zu Willen gewesen, weil er wußte, daß er das eigentliche Haupt der Stadt war. Und heute dankte er Gott, daß er nie gezwungen gewesen war, seine rechtlichen Befugnisse zu überschreiten.

Er war dem Deutschen, der ihm über Ball die Augen geöffnet hatte, förmlich dankbar.

Und darum hatte er sich zum erstenmal gegen den Gouverneur gestemmt.

Vormittags zehn Uhr.

Schulze ließ sich bei Ball melden.

Ball ließ ihn eintreten und musterte ihn lange.

„So haben Sie doch die eintaufend Dollar gewonnen. Gut! Ich gebe Ihnen den Scheck. Cincinnati hat doch langsam gearbeitet, als ich annahm.“

Schulze nickte: „Sie haben eben nur den kleinen Finger gerührt, bei mir müssen Sie sich ein wenig mehr anstrengen.“

Ball antwortete nicht. Seine durchdringenden Augen suchten in Schulzes Antlitz, aber keine Miene verriet, was er wollte.

„Mister — Schulze, hier ist der Scheck. Bleiben Sie getroffen in den Werken. Wenn Ihr Landsmann kommt, werden Sie sich vielleicht wohler fühlen. Und es ist fraglich, ob ich dann noch lange Generaldirektor sein werde.“

„Ich bezweifle es auch, Mr. Ball. Aber warum sagen Sie mir das?“

„Warum?“

Ball stand auf und trat dicht vor den Deutschen.

„Warum! Das will ich Ihnen sagen. Ich will mit offenen Karten jetzt spielen: Ich halte Sie für einen Abgesandten des Grafen Arnspers.“

„Hm! Kein über Gedanke. Nehmen Sie einmal an, es wäre an dem. Ich könnte Mr. Arnspers allerhand berichten.“

Ball lachte leicht auf.

„Möglich. Aber ich werde dem neuen Herrn nicht kneifen. Ich werde ihm Rechenschaft geben.“

Schulze verbeugte sich.

„Ich zweifle nicht an Ihrer Intelligenz, Mr. Ball. Zweifellos ist daß Sie das Werk herabgewirtschaftet haben, aber es wird Ihnen sicher kein Mensch eine bestimmte Schuld nachweisen können. Sicher nicht. Aber — Mr. Ball, haben Sie noch nicht daran gedacht, daß es Menschen geben kann, die — noch klüger sind als Sie?“

„Möglich. Aber es kommen noch andere Faktoren in Frage.“

Schulzes Augen ruhten unverwandt auf Balls Zügen.

„Sie haben ein eigenartiges Gesicht, Mr. Ball,“ sagte der Deutsche langsam. „Nach Ihrem Schädel zu urteilen, müssen Sie mongolisches Blut in der Adern haben.“

Die Wirkung der Worte war seltsam.

Ball schloß die Augen für einen Augenblick, sein Unterliefer zuckte.

Dann sagte er kalt und bestimmt: „Lassen Sie mich allein!“

Schulze erhob sich und ging langsam an die Tür. Dort blieb er stehen und schaute dem Generaldirektor voll ins Gesicht.

„Ich glaube, Mr. Ball, Sie haben eins in Ihrer Rechnung vergessen: die göttliche Gerechtigkeit.“

* * *

Carlton-Hotel.

Direktor Popper von der Rundfunkstation in Cincinnati war eingetroffen und wartete ungeduldig auf den Einfahrer Schulze.

Endlich erschien der Erwartete.

Kräftig schüttelte ihm Popper die Hand.

„Nun, Mister Schulze, alles in Ordnung?“

„Prompt besorgt. Ihr Elektriker hat das prachtvoll gemacht. Hat er Ihnen nichts berichtet?“

„Weiß ich. Das andere aber?“

„Ja, das müssen wir dem Zufall überlassen. Sicher ist, daß Mr. Take, der Japaner, um Viertel neun Uhr dem Generaldirektor Ball einen Besuch abstattet, um das Geschäft mit ihm in Ordnung zu bringen. Ich hoffe, daß nichts dazwischen kommt. Der Besuch findet sicher im Werk statt. Balls Arbeitszimmer ist ablosiert schallfester. Einen günstigeren Raum gibt es nicht. Da außerdem Balls Villa geplündert worden ist, glaube ich kaum, daß er den Zusammenkunftsort wechselt.“

Der Direktor nickte eifrig.

„Und — ob wir etwas zu hören bekommen?“

Schulze zuckte die Achseln.

„Das läßt sich natürlich nicht voraussagen. Da müssen wir abwarten. Vermutlich werden sie auch japanisch miteinander reden. Eine Riesensensation bleibt es doch für Sie. Ich spreche die Einleitung und führe das Telephongespräch zwischen beiden vor. Erfolgt die Unterhaltung in japanischer Sprache, dann wird den Hörern die Uebersetzung durch Dr. Hanneffen übermittelt.“

„Ist er da?“

„Selbstverständlich! Also gute Hoffnung, Direktor. Ich nehme Sie nachher mit ins Werk. Wir steigen über die Einfahrbahn und begeben uns ins Laboratorium, dort steht alles zur Aufnahme bereit. Auch Dr. Hanneffen ist dort. Sobald Mr. Take das Hotel verläßt und sich einen Wagen nimmt, werden wir telephonisch angerufen. Im gleichen Moment beginnt der Vortrag. Es schließt sich die Schallplattenführung an. Ehe Take in das Zimmer Balls gelangt ist, vergehen wenigstens vierzehn Minuten. In dieser Zeit muß es sich abgespielt haben. Dann funkten wir das darauffolgende Gespräch. Wie es ausfällt? Hoffentlich recht gut.“

„Die Hauptsache ist, daß die beiden nichts von dem Gespräch hören.“

Schulze schüttelte den Kopf. „Das ist ausgeschlossen. Weder in Balls Arbeitszimmer noch im Auto, das den Japaner fährt ist ein Rundfunkgerät.“

„Ob sie Englisch sprechen?“

Schulze lachte. „Direktor Popper, Sie sind schon ganz nervös. Jetzt Schluß. Wir wollen klaren Kopf behalten.“

(Fortsetzung folgt.)

Das alte Lied.

Bisher hatte es der französische Ministerpräsident Poincaré im allgemeinen sehr sorgfältig vermieden, wenigstens vor den Kulissen in Wort oder Tat seine außenpolitischen Einflüsse geltend zu machen, sondern er hatte sich damit begnügt, hinter den Kulissen desto eifriger tätig zu sein, was an gewissen Geschehnissen der letzten Monate deutlich spürbar war. Aber jetzt ist er auch aus dieser bisherigen Zurückhaltung herausgetreten und hat auf der Eröffnung des Generalkonvents seines Heimatdepartements, dessen Vorsitzender er ist, eine Programmrede gehalten, die schon seit langem angekündigt und mit beträchtlicher Spannung erwartet war. Interessiert und Deutsche nun verhältnismäßig wenig, was Poincaré innenpolitisch ausführte, so ist zur Kennzeichnung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland, wie es sich jetzt entwickelt hat, von allergrößter Bedeutung, was Poincaré über die französische Außenpolitik ausführte.

Und da muß festgestellt werden, daß diese Ausführungen ganz und gar den alten Poincaré erkennen lassen, der nichts gelernt und nichts vergessen hat, wenn er jetzt auch dem so oft gesungenen Liede vielleicht etwas mildere Töne gab. Es ist immer wieder dasselbe: Frankreich wolle den Frieden, habe seit langem seinen Heeres- und Marineetat am stärksten eingeschränkt und niemals sei von ihm mehr verlangt worden als „die lokale Erfüllung der Verträge“. Aber — natürlich! — habe es auf der Gegenseite den guten Willen in gleichem Maße nicht gefunden und so sehe der Friede heute nur in den Verträgen, beherrsche keineswegs die Geister. „Die Verträge, die Verträge“ — das ist Poincarés drittes Wort. Regelmäßige Bezahlung der Reparationen, wie sie im Dawes-Plan festgelegt seien, und volle Erhaltung der Sicherheit Frankreichs, also unbedingtes Festhalten an der deutschen Abrüstung. Er nennt Deutschland in seiner ganzen Rede nicht ein einziges Mal, aber er spricht von ihm in jedem Satze. Seine Zuhörer wissen es und die ganze Welt wird es verstehen, welches Land er damit meint, wenn er sagt, man werde Frankreich nicht vorwerfen können, daß es nicht auch normal abgerüstet habe; „denn nicht in Frankreich gibt es die unzähligen militärischen Verbände und nicht in den französischen Schulen und Universitäten werden die imperialistischen Doktrinen gelehrt wie anderwärts“. — Wie es sich niemals gelohnt hat, deutscherseits mit dem Poincaré von früher zu rechnen, so lohnt es sich auch jetzt nicht.

Aber er geht noch viel weiter. Seine Zuhörer wissen und die andern verstehen es, wenn Poincaré äußert, daß Frankreich und den andern Nationen nichts übrigbleiben werde, als sich Respekt zu verschaffen und demgemäß sich stark an die Verteidigung zu machen, „solange nicht alle Nationen frei und ohne jede Hintergedanken die diplomatischen Vereinbarungen, die sie unterzeichnet haben, anerkennen und solange ihre friedlichen Versicherungen der Aufrichtigkeit entbehren“. Er hat Deutschland nicht genannt, aber er will es darunter verstanden wissen. Wieder das alte Lied: Frankreich könne nicht abrüsten, weil es seine Unabhängigkeit und die Rechte und Garantien, die es aus dem Versailler Vertrage habe, nicht opfern könne. Dann warf er aber einen Seitenblick auf England, indem er erklärte, daß Frankreich auch eine See macht sei und sich deshalb zu Lande wie zu Meer die Mittel wahrnehmen müsse, um gegen jeden Angriff geschützt zu sein. Ferner erhält Italien seinen Stolz; Frankreich sei entschlossen, seinen Kolonialbesitz zu verteidigen gegen jeden Versuch, ihn materiell oder moralisch zu zerstören, gleichviel, ob ein solcher Versuch von innen oder von außen her komme. Damit das niemand mißverstehen, fügt er noch hinzu: „Die Kolonien gehören Frankreich und es wird sie sich von niemand nehmen lassen.“ Das richtet sich deutlich gegen das unerbittliche gebliebene Streben Italiens, das nordafrikanische Tunis, in letzter Zeit aber vor allem Syrien dem französischen Einfluß zu entziehen.

Wenn Poincaré auch daran festgehalten hat, in seiner Rede sich mit Anspielungen zu begnügen, über Andeutungen nicht hinauszugehen, so genügen diese doch vollständig, um seine Ausführungen zu einer politischen Sensation allerersten Ranges zu machen. Wenn man über die Folgen hinausgeht, die sie für die Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen im allgemeinen hat, so ist einmal daran festzuhalten, daß er nicht gesprochen haben kann, ohne die Zustimmung des Kabinetts, also auch Briand's, zu haben. Und zum zweiten haben wir diese Rede aufzufassen als Gegenaktion gegen die bevorstehenden deutschen Bemühungen, die sogenannten Garantien des Versailler Vertrages, also vor allem die Rheinlandbesetzung, dem Geiste von Locarno und den damals gemachten Versprechungen anzupassen.

Deutsche Kritik an Poincaré.

In einer Besprechung des außenpolitischen Teils der Rede, die Poincaré in Bar-le-Duc hielt, sagt die „Deutsch diplomatisch-politische Korrespondenz“, der bekanntlich Beziehungen zu dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann nachgesagt werden, u. a.:

Daß die Verträge in weiten Teilen unerfüllbar sind und von der Politik der Nachkriegsjahre als unerfüllbar bereits anerkannt wurden, übergeht Poincaré mit der Hartnäckigkeit des Paragrafenrichters, dem jedes geschriebene Wort heilig, jede Wirklichkeit fremd ist. Man wird den Ausfällen des französischen Premierministers gegen uns keine ausschlaggebende politische Bedeutung, etwa im Sinne einer Ablehnung der Verständigungspolitik, beimessen dürfen. In der Französischen Kammer würden solche Ausführungen schwerlich un widersprochen bleiben.

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Bereiteter Betrugsversuch gegenüber dem Reichswehrministerium.

Berlin, 3. Mai. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, den Kaufmann Max Loffowsky zu verhaften, der vor einiger Zeit mit Hilfe von gefälschten Stempeln versuchte, 75 000 Mark vom Reichswehrministerium zu erschwindeln. Er erschien eines Tages mit einem Empfehlungsschreiben eines deutschen Botschafters und einer gefälschten Anweisung des Reichspräsidenten v. Hindenburg im Reichswehrministerium. Aus diesem Schreiben ging hervor, daß er 75 000 Mark für die Ueberlassung wichtiger Geheimdokumente zu erhalten habe. Dem Schwindler, der sich v. Schent nannte, wurde bedeutet, ein Offi-

zier würde ihm den Betrag in einem Café überreichen. Wie die U. erfährt, ist der Offizier nun nicht, wie es in dem Berichte heißt, in das Café gegangen, um das Geld zu überbringen, sondern um den Schwindler durch einen in seiner Begleitung befindlichen Kriminalbeamten verhaften zu lassen.

Ein Deutscher in Argentinien ermordet.

Ein junger Saalfelder namens Fritz Winkler ist auf einer großen Farm bei Bahia Blanca in Argentinien, wo er zu Erntearbeiten verpflichtet war und bereits 4000 Pesos gespart hatte, mit dem Farmer, dessen ganzer Familie und dem Dienstmädchen (im ganzen 6 Personen) von zwei Arbeitern und der Frau des einen Arbeiters durch Argstiche ermordet worden. Es dürfte sich um einen Raubakt handeln. Die Täter raubten Wertgegenstände und flüchteten.

Diebstahl im Salzburger Hauptpostamt.

Salzburg. Von bisher unbekanntem Täter wurde gestern nacht im hiesigen Hauptpostamt eingebrochen und Postwertzeichen im Werte von über 4000 Schilling und 300 Schilling Bargeld entwendet.

180 000 Mark Steuerbanderolen gestohlen.

Berlin. Nach dem Berliner Börsencourier drangen gestern nacht Einbrecher in das Zollamt in Grünberg i. Schl. ein und stahlen für 180 000 RM. Steuerbanderolen verschiedener Art.

Zusammenstoß zwischen Lastauto und Straßenbahn.

Stuttgart. Gestern nachmittag stieß in Cannstatt ein Lastkraftwagen mit einem Straßenbahnzug so heftig zusammen, daß der Motorwagen entgleiste und umstürzte. Fünf Personen wurden verletzt, darunter zwei schwer.

Schwerer Unfall beim Rangieren.

Elberfeld. Auf dem Bahnhof Elberfeld-Barresbeck fuhr gestern früh anscheinend infolge falscher Weichenstellung die Lokomotive einer Rangierabteilung auf einen Prellbock auf und stürzte eine Wöschung hinunter auf die Straße. Der Rangierer wurde getötet, der Lokomotivführer schwer und der Heizer leicht verwundet.

Bootsunglück in Hamburg.

Hamburg. Auf der Unterelbe kenterte ein mit vier Insassen besetztes Segelboot. Drei Personen konnten gerettet werden, eine 20jährige Kontoristin aus Altona von der starken Strömung fortgerissen wurde und ertrank.

Weitere Höchstpreise für Rembrandt-Abbildungen.

Leipzig, 3. Mai. Im weiteren Verlauf der Versteigerung der Sammlung Hagens haben Abreibungen Rembrandts Höchstpreise erzielt. Die Landschaft mit den drei Hütten ging für 36 500 Mark an Schweizer Händler, das Selbstbildnis mit dem Federbusch für 4200 Mark. Das Porträt der Mutter Rembrandts brachte 11 000 Mark.

Explosion einer Öllampe.

Berlin. In der Wohnung eines Schlächters in der Hochstraße explodierte bei Reparaturarbeiten an der Badewanne eine Öllampe. Durch die Stichflamme erlitten der Klempner Wolf, die Ehefrau des Schlächtermeisters sowie eine Hausangestellte Brandwunden.

Bekanntes Todesurteil.

Leipzig. Der erste Strafsenat verhandelte als Revisionsinstanz gegen den Bureaugehilfen Willi Herrmann, der vom Schwurgericht Frankfurt a. M. am 2. Februar d. J. wegen zweifachen Mordes zweimal zum Tode und wegen versuchten Mordes und Totschlags zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Herrmann hatte am 5. August 1926 seine frühere Braut Kunigunde Hufnagel, die mit ihm gebrochen hatte, und deren Schwägerin in ihrer Wohnung erschossen. Auf die Mutter gab er ebenfalls mehrere Schüsse ab, durch die sie schwer verletzt wurde. Ebenso schoß er im Hausflur auf mehrere Hausbewohner, ohne jedoch zu treffen. Den Revolver nebst Munition hatte er sich einige Tage vorher beschafft. Die Revision, die sich auf formale Gründe stützte, wurde verworfen und damit das Todesurteil bestätigt.

Wahlschwindel in Wien.

Wien. Von Seiten der bürgerlichen Parteien werden in der Presse und in Versammlungen Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie in Wien wegen angeblichen Wahlschwindels erhoben, die einen derartigen Umfang und so bestimmte Form annehmen, daß man in parlamentarischen Kreisen mit dem offiziellen Einspruch der Vertreter der bürgerlichen Einheitsliste gegen das Ergebnis der Wahlen zum Nationalrat rechnet.

Verabstufung des Postos in Holland.

Amsterdam. Nach Meldungen der Amsterdamer Blätter steht eine Herabsetzung des holländischen Posttarifs für den Briefverkehr im Inlande und mit den Kolonien bevor. Die Vorbereitungsarbeiten der Postverwaltung seien bereits soweit fortgeschritten, daß die ermäßigten Sätze wahrscheinlich schon am 1. Juli d. J. in Kraft treten können.

Die amerikanische Hochwasserkatastrophe.

New Orleans außer Gefahr.

Der Befehlshaber des Ingenieurkorps der Armee, Generalmajor Edwin, der Hoover auf seiner Fahrt durch das Überschwemmungsgebiet begleitet hat, erklärte, New Orleans sei jetzt sicher vor den Fluten, sofern sich nicht etwas Unvorhergesehenes ereignen sollte. Die Maßnahmen zum Schutze der Stadt seien endlich von Erfolg gewesen.

In Louisiana begann sich die volle Gewalt des Mississippihochwassers fühlbar zu machen. Das Gebiet von Concordia ist infolge des Bruches der Schutzdämme nunmehr völlig überschwemmt. Der größte Teil des Bezirkes Catahoula und Teile der Bezirke Iberville und Lafalle Rapides sind ebenfalls von dem Hochwasser bedroht. Das in Mitleidenschaft gezogene Gebiet umfaßt ungefähr 3100 englische Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 70 000 Menschen und Besitztümwerten in Höhe von 30 Millionen Dollar. Im Staate Mississippi hat der Dazooßluß den Damm bei Eden durchbrochen und 10 000 Acres überflutet.

Präsident Coolidge hat einen Aufruf erlassen, in dem er zur Zeichnung von weiteren fünf Millionen Dollar zur Unterstützung der durch die Überschwemmung in Not Geratene n auffordert. Coolidge erklärt, die Zahl der Opfer habe sich verdoppelt und die Überschwemmung habe noch nicht überall ihren Höhepunkt erreicht.

Große Ueberschwemmungen in Kanada.

Aussergewöhnlich starke Schnee- und Regenfälle haben nach Meldungen aus Quebec in ganz Kanada, besonders in den Prärie-Provinzen große Ueberschwemmungen hervorgerufen. Hunderte von Dörfern mußten von ihren Bewohnern verlassen werden.

Sächsisches.

Gegen die Erhöhung der Postgebühren.

Das Reichspostministerium beabsichtigt bekanntlich, mit einer Vorlage an den Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost heranzutreten, wonach eine 50prozentige Erhöhung des Briefportos erfolgen soll. Die sächsischen Gewerbetagungen haben hiergegen gemeinsam Stellung genommen und sich mit allem Nachdruck gegen eine weitere wirtschaftliche Belastung ausgesprochen, wie sie die Erhöhung der Postgebühren zwangsläufig mit sich bringen würde. Die Wirtschaft, die durch die lang anhaltende Krisis ohnehin geschwächt ist, sei heute zur Uebernahme neuer Lasten nicht mehr imstande. Sollte sie allmählich der Gesundung zugeführt werden, sei es zunächst einmal notwendig, ihr eine gewisse Ruhezeit einzuräumen. Sowohl das sächsische Wirtschaftsministerium als auch der Deutsche Handwerks- und Gewerbetagungstag sind von den Gewerbetagungen gebeten worden, dahin zu wirken, daß eine Erhöhung der Postgebühren unterbleibt.

Die Kleinbauern gegen den Zollvertrag mit Polen.

Der im Sächsischen Landtag vorwiegend vertretene mittlere und kleine bäuerliche Besitz fühlt seine Belange durch die gesteigerte Einfuhr polnischer Schweine und Kartoffeln sehr bedroht.

Der Vorstand des Sächsischen Landbundes spricht deshalb in einer am Montag gefaßten Entschließung die zuverlässigste Erwartung aus, daß bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen mit Polen nicht wieder, wie bisher so oft, landwirtschaftliche Interessen geopfert werden.

Die deutsche Landwirtschaft ist in der Lage, den Bedarf der Bevölkerung an Schweinefleisch vollaus zu decken. Für die Einfuhr von Schweinen oder Schweinefleisch aus Polen liegt keine Veranlassung vor. Dagegen würde jede Erleichterung der Einfuhr oder die Gewährung eines Kontingents von Schweinen aus Polen, auch nur in geringem Umfang, die Rentabilität der deutschen Schweinezucht vernichten und jeder Produktionssteigerung ein Ende machen. Untere Kartoffelerzeugung ist so groß, daß nur etwa 30—35 v. H. der Ernte für die Ernährung der Bevölkerung verbraucht werden. Selbst von der schlechten Ernte des vergangenen Jahres erforderte der Speisekartoffelverbrauch nur etwa 40 Prozent. Die Verarbeitung des Ernteüberschusses ist durch die gegenwärtige Preispolitik der Spiritus-Monopol-Gesellschaft stark in Frage gestellt. Zur Sicherung der Speisekartoffelversorgung ist ein Zuschuß aus dem Auslande in keiner Weise notwendig.

Um den deutschen Markt vor einer Ueberschwemmung mit ausländischen Kartoffeln zu schützen, ist der zurzeit geltende autonome Zollsatz von Mk. 0,50 je Dtzr. völlig unzureichend. Jede fremde Einfuhr bedeutet eine Gefährdung der Rentabilität des Kartoffelbaues, die nicht ohne nachteiligste Rückwirkung auf Getreidebau und Viehzucht bleiben kann. Der Landbund fordert deshalb noch in diesem Wirtschaftsjahre die Erhöhung des Zolls auf mindestens Mk. 2.— je Dtzr. für Herbstkartoffeln. Besonders für den bäuerlichen Kleinbesitz ist der Verkauf von Kartoffeln und Schweinen die Rentabilitätsgrundlage, die angeht der wirtschaftlich äußerst schwierigen Lage der Betriebe nicht erschlittert werden darf. Der Sächsische Landbund erwartet daher gerade im Interesse der kleinen und kleinsten Landwirte mit aller Bestimmtheit den Schutz der heimischen Produktion gegen die Einfuhr polnischer Schweine und Kartoffeln.

Beurlaubung des Schlichters Brand.

Dresden. Oberregierungsrat Brand, der ständige Schlichter für den Freistaat Sachsen, hat am 1. Mai einen längeren Krankenurlaub angetreten und wird während der Zeit seines Urlaubs durch den stellvertretenden Schlichter Ministerialrat Haack vertreten. Als weiterer stellvertretender Schlichter wurde vom Reichsarbeitsministerium Regierungsrat Panoscha bestellt. — Wie die Dresdner Volkszeitung mitteilt, dürfte Brand wahrscheinlich nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren; es sei ihm sogar bereits ein Posten als Schlichter im Rheinland bereitgehalten worden.

Das erste Kurhaus für herzkrante Kinder in Deutschland.

Am 1. Mai ist in dem Kurort Augustusbad bei Dresden, der durch die großen Anlagen der Leipziger Oststranzenklinik bereits wohlbekannt ist, das erste Kurhaus für herzkrante Kinder in ganz Deutschland eröffnet worden. Ein Kurhaus, wie jetzt in Augustusbad entstanden ist, entsprach durchaus einem Bedürfnis. Herzkrante Kinder bedürfen nicht nur besonderer Pflege und ärztlicher Betreuung, sondern für sie waren bisher fast alle anderen Kinderheime verschlossen, weil solche Kinder den übrigen Betrieb störten. In diesem Heim sollen herzkrante Kinder nicht nur behandelt und gepflegt, sondern wieder gesund gemacht werden. Eine gesunde Zukunft nur durch gesunde Kinder, so klingt immer und immer wieder die Mahnung. Dieser Ruf nach Widerhall schon einmal in Sachsen, als vom damaligen Hauptverein für Innere Mission neben dem Kur- und Badehaus Augustusbad ein „Bethlehemstift“ — ein Erholungsheim für Kinder — im Jahre 1875 gegründet werden konnte. Es war damals das erste Kindererholungsheim in Deutschland, und jetzt hat die Innere Mission einen weiteren Schritt getan, indem sie dieses Erholungsheim, das unter der tatkräftigen Leitung von Diakonissen fast 16 000 Kindern Erholung geschenkt hat, in eine Heilstätte umgewandelt hat. Herzkranten, Blutartern, schwächlichen, neuralgischen Kindern soll hier eine Heilbehandlung zuteil werden, die nach den modernsten Grundfragen aufgebaut ist. Das neue Kurhaus ist eine Meisterleistung in seiner Art. Obwohl jeglicher Schmuck fehlt, ist die Linienführung und der einfache Farbansatz so gewählt, daß dem Kranken ein freundliches Zuhause geschaffen worden ist. Dabei wurden auch die Möbel vom leitenden Architekten aufs zweckmäßigste entworfen, so daß mit jedem Quadratmeter Fläche gespart werden konnte. Das Kellergeschoß enthält die große Kesselanlage, die elektrische Stromverteilungseinrichtung, Wäscherei und Lagerräume. Ein großer Park mit großem Waldspielplatz umrahmt das Heim, das sich als ein vorbildlicher neuer Schritt in der Behandlung unserer kranken Kinder darstellt. Es ist offen für Kinder aus dem ganzen Reiche und kann für die etwa fünf- bis sechswöchige Kur etwa 70 Kinder aufnehmen.

Aus der Tschechoslowakei.

Einbruch im Bahnhofspostamt Groß-Seelowitz.

In der Nacht auf den 30. April drangen unbekannte Täter in das Bahnhofspostamt in Groß-Seelowitz ein und sprenkten die dort befindliche Panzerkassette, der sie 93 000 Kronen Bargeld entnahmen. Am Tatort wurden nicht die geringsten Spuren der gewiegten Einbrecher festgestellt. Auch ein Polizeihund fand keine Spur der Einbrecher.

Weitere Steuerermäßigungen angekündigt

Vorläufig keine Reichsanleihe.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler sprach im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller über „Reichsfinanzen und Volkswirtschaft“. Er betonte hierbei, daß in Deutschland die Gesamtleistung der privaten Wirtschaft an die öffentliche Wirtschaft zurzeit stark überspannt und auf die Dauer überhaupt nicht erträglich sei. Unsere Gesamtlage biete trotz gegenteiliger hier und da auftauchender Momente noch in gar keiner Weise optimistischen Auffassungen Raum. Von einer kontinuierlichen Linie des Aufstiegs sei wenig zu merken.

Die Steuerermäßigungen, so sagte Dr. Köhler weiter, müßten und würden fortgesetzt werden. Eine Senkung der Steuern stehe unmittelbar bevor. Der Minister beabsichtigt, in nächster Zeit eine Reihe von Gesetzesentwürfen vorzunehmen, die eine Fortführung der Steuerreform des Jahres 1920 bedeuten. Ein Grundsteuer-, Gewerbesteuer-, ein Gebäudenutzungssteuer-Gesetz und ein Gesetz über Vereinfachung des Verfahrens in Steuerfällen soll dem Ziel einer weiteren grundlegenden Vereinfachung und Vereinheitlichung in Reich und Ländern dienen. Endlich soll eine Vereinfachung der Steuerverwaltung vorgehoben werden, so daß der Steuerpflichtige nur eine einzige Steuererklärung bei seinem Finanzamt abzugeben hätte. Dieses Finanzamt würde dann grundsätzlich in einem einzigen Steuerbescheid alle in Frage kommenden Steuerbeträge festsetzen.

Schließlich betonte der Minister, daß er noch eine Ermächtigung habe, im laufenden Etatsjahre fast eine Milliarde als Anleihe aufzunehmen. Er werde aber in den nächsten Monaten bestimmt nicht und auch später nur mit äußerster Zurückhaltung von dieser Ermächtigung Gebrauch machen, um die Kräfte des Inlandsmarktes nicht zu stark für die öffentliche Wirtschaft zugunsten der Privatwirtschaft in Anspruch zu nehmen.

Börse und Handel.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 3. Mai.

* **Börsenbericht.** Der Verkehr entwickelte sich auf der ganzen Linie äußerst lebhaft, besonders standen Zellstoff-, Spirit- und Farbwerte im Mittelpunkt der Hausbewegung. Vor allem trat auch das Provinzpublikum in größerem Umfang als Käufer auf. Die Sätze am Geldmarkt waren weiterhin noch recht hoch, tägliches Geld 7-8,50 %, monatliches Geld 6,75-7,75 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,21-4,22; engl. Pfund 20,47-20,52; holl. Gulden 168,69-169,11; Danz. 81,80 bis 82,00; franz. Frank 16,53-16,55; schwed. 81,06 bis 81,26; Belg. 58,60-58,74; Italien 22,10-22,16; Schweiz. 112,69-112,97; Dän. 112,51-112,79; norweg. 108,86 bis 109,14; tschech. 12,47-12,51; österr. Schilling 59,31 bis 59,48; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,98-47,22.

Produktenbörse.

Berlin, 3. Mai. Stramme Amerikamedungen und feste englische Berichte veranlassen stark gesteigerte Forderungen der überseeischen Abgeber, zumal das Inlandsangebot sehr klein bleibt. Unser östlicher Nachbar scheint weiter seinen Bedarf sowohl in Weizen als auch in Hafer im hiesigen Markt decken zu wollen, weshalb besonders Hafer, der hier nur schwaches Konsumgeschäft hat, weiter fest lag, bei lebhaftem Handel. Der Weizenzeitmarkt eröffnete mit sprunghaft gesteigerten Preisen bei lebhaften Umsätzen. Ähnlich lag die Situation beim Roggen. Vor allem waren Mai- und Juni-termine sehr stramm, wogegen Herbstmonat nur wenig mitgezogen war. Futtergerste zeigte etwas mehr Geschäft. Mais bei gutem Umsatz etwas höher. Am Weizenmarkt greift der wenig versorgte Konsum lebhaft zu. Die Preise sind ebenfalls teurer. Meie viel gefragt.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	3. 5.	2. 5.		3. 5.	2. 5.
Weiz., märt.	302-305	295-298	Weiztl. f. Br.	15,7-16,0	15,5-15,7
pommersch.	—	—	Roggl. f. Br.	16,7-17,0	16,7
Rog., märt.	275-278	270-273	Raps	—	—
pommersch.	—	—	Reinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Mlt.-Erbsen	42-58	42-58
Braugerste	235-256	230-254	fl. Speiseerbs.	26-29	26-29
Futtergerste	210-220	208-218	Futtererbsen	22-23	22-23
Hafer, märt.	235-240	230-236	Welschen	20-22	20-22
pommersch.	—	—	Herbbohnen	20-22	20-22
westpreuß.	—	—	Widen	21,0-24,0	21,0-24,0
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	13,8-14,8	13,5-14,5
p 100 kg fr.	—	—	Lupin., gelbe	15,5-16,5	15,5-16,7
Mn. br. infl.	—	—	Serabella	19-24	—
Sad (seinst.)	—	—	Maßfuchen	15,3-15,9	15,3-15,9
Mrt. u. Not	36,5-38,5	36,0-37,7	Veinfuchen	19,7-20,0	19,7-20,0
Roggenmehl	—	—	Fredenstübl	13,3-13,6	13,3-13,6
p 100 kg fr.	—	—	Sohn-Schrot	20,0-20,2	20,0-20,2
Berlin br	—	—	Torf. 30/70	—	—
infl. Sad	36,2-37,7	35,5-37,0	Starrstübl	34,7-35,0	34,4-35,0

* Die wirtschaftliche Lage des deutschen Handwerks im April. Wie der Reichsverband des Deutschen Handwerks mitteilt, hat die im Bericht für März 1927 aufgezeigte Besserung der Geschäftslage in den Handwerksbetrieben nach den Berichten der deutschen Handwerks- und Gewerbestämmen auch im April angehalten. Besonders sind es wieder das Baugewerbe, das Bekleidungs- und die für die Instandsetzung der ländlichen Maschinen und Geräte in Frage kommenden Handwerkszweige, welche eine stärkere Inanspruchnahme zu verzeichnen haben.

Kongresse und Versammlungen.

k. Eröffnung der fünften preussischen Polizeiwache in Offen. Die fünfte preussische Polizeiwache, die hier von der Freien Vereinigung für Polizei- und Kriminalwissenschaft in Verbindung mit dem preussischen Innenministerium bis 7. Mai veranstaltet wird, wurde von Ministerialdirektor Dr. Klausener im Namen der Staatsregierung eröffnet.

k. Die Tagung des Städtetages in Koblenz. Die diesjährige Frühjahrstagung des Deutschen und Preussischen Städtetages findet vom 8. bis 10. Mai in Koblenz statt. Der Städtetag will durch die Vertagung der Tagung in die Hauptstadt der Rheinprovinz einmal die Bedeutung der Rheinprovinz für Deutschland, dann aber auch sein Interesse an dem Wohl und Wehe des besetzten Gebietes und seiner Bewohner betonen.

k. Das Programm des Berliner Stahlhelmtages. Der Achte Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms beginnt, wie nunmehr feststeht, am Freitag, den 6. Mai, mit einer Schulungstagung im Großen Saal des Reichslandbundes, in der an diesem Tage die Themen Großdeutsche Frage, Ostpolitik und Siedlungsfrage zur Beratung stehen. Am Freitagabend spricht der Vandesführer Franz Seidte in der Philharmonie über das Thema „Der neue Weg des Stahlhelms“. Am Sonnabendvormittag wird die Schulungstagung fortgesetzt. Sonnabendabend findet im Stadion der Große Zapfenstreich, verbunden mit Schlachtenfeuerwerk, statt. Die Hauptveranstaltung bildet am Sonntag, den 8. Mai, mittags 1 Uhr, der Frontsoldatentag im Lustgarten. Am Montag, den 9. Mai, treffen die Mitglieder in Potsdam ein.

Der evangelische Bischofstitel abgelehnt.

Zunächst vom Verfassungsausschuss.

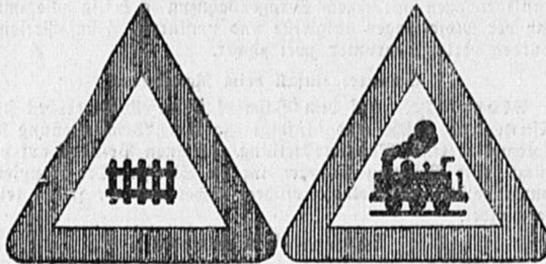
Berlin, 3. Mai.

In der fünften Sitzung faßte die Generalsynode nach dem Bericht des Ausschusses für inenkirchliche Angelegenheiten einen Beschluß über die Änderung der Konfirmationspraxis. Die volkskirchliche Ordnung der Konfirmation mit Bekenntnis und Gelübde soll danach aufrechterhalten werden.

Im Verfassungsausschuss ist der Bischofstitel mit Stimmgleichheit (15:15) abgelehnt worden. Die Vorlage wird trotzdem vor die Volksversammlung kommen, aber der Berichterstatter wird sich entschließen müssen, mitzuteilen, daß sie im Ausschuss abgelehnt worden ist. Die Generalsuperintendenten haben eine Verwahrung gegen die Äußerung des Dr. de Weert erlassen, der von einer „Mitigation der Generalsuperintendenten für ihre Rang- und Machtvergrößerung“ gesprochen hat und andeutete, daß „persönliche Wünsche der Generalsuperintendenten für die Entscheidung von Bedeutung wären“.

Die neuen Autowarnungstafeln.

die an allen Bahnübergängen durch den Automobilklub von Deutschland aufgestellt werden. Es ist zu hoffen, daß die neuen Tafeln, die an den 30 000 Bahnübergängen aufgestellt werden,



zur Verminderung der Unfälle an den Bahnübergängen wesentlich mitwirken werden. Die linke Tafel bedeutet Eisenbahnübergang mit, die rechte einen solchen ohne Schranke.

Tages-Chronik.

Ein schweres **Fahrgastunfall**, bei dem acht Personen zum Teil lebensgefährlich verletzt wurden, ereignete sich auf dem Gelände der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Abteilung Apparatefabrik, in Berlin-Treptow.

○ **Großfeuer in Neubudow.** In der mecklenburgischen Stadt Neubudow wütete ein Großfeuer, das das Gasthaus Schmidt völlig in Asche legte. Da sich in dem Gasthaus außer der Wohnung des Besitzers noch zwei Mietwohnungen befanden, wurden drei Familien obdachlos. Das Inventar des Gasthauses und das Mobiliar der drei Familien wurden fast restlos von den Flammen zerstört. Der bedeutende Schaden ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt.

○ **Wegen Gatten- und Kindesmordes verhaftet.** Der Schuhwarenhandlender David Straßer wurde in Harburg unter dem Verdacht des Gatten- und Kindesmordes verhaftet. Ihm wird zur Last gelegt, im Februar 1925 seine Frau und im Oktober 1926 seinen sechzehnjährigen Sohn erschossen zu haben. Sowohl Frau wie Sohn waren hoch bei Lebensversicherungen versichert. Insbesondere war die Versicherung für einen Unfall verdoppelt. Straßer hatte angegeben, daß die beiden Todesfälle auf Unglücksfälle zurückzuführen seien.

○ **Unregelmäßigkeiten beim Mühlenarbeiteramt.** Beim Arbeiteramt in Mühlenhausen i. Th. wurden große Unregelmäßigkeiten aufgedeckt, und zwar soll es sich um eine Summe von zehn- bis zwölftausend Mark handeln. Der schuldige Beamte wurde sofort seines Amtes enthoben. Die Untersuchung des Falles ist noch im Gange.

○ **Menschenmord.** Als der Bauunternehmer Folz in Dillingen vor seinem Hause ein Fahrrad besteigen wollte, wurde er von einem gegenüberliegenden Garten aus durch einen Bauchschieß zu Boden gestreckt. Folz starb nach kurzer Zeit. Die Polizei nahm einen Mann fest, der im Begriff stand, eine Reise nach Frankreich anzutreten. Auch die Frau des Ermordeten sowie drei weitere Personen wurden verhaftet.

○ **Tödlische Schießerei bei einem Ladenraub.** Der 63jährige Goldschmied Christian Scheiber in München wurde in seinem Laden von einem Mann überfallen, der ihn durch mehrere Pistolenschüsse tötete. Der Mörder, ein 27jähriger Hilfsarbeiter aus Griesheim am Main, schoß sich, als er bei der Blindierung des Ladens überrascht wurde, eine Kugel in den Kopf.

○ **Die Blatternepidemie in Hendon.** In Hendon sind der Blatternepidemie weitere drei Personen erlegen; fünf Personen sind noch krank, doch wird von medizinischer Seite erklärt, daß Besorgnisse wegen einer Ausbreitung der Epidemie vollkommen unbegründet seien.

Bunte Tageschronik.

○ **Johannesburg.** Hier ereignete sich ein Erdbeben von 30 Sekunden Dauer. Zu gleicher Zeit erfolgte in einem in der Nähe befindlichen Bergwerk ein Felssturz, durch den zwei Eingeborene getötet und 20 verwundet wurden.

○ **Newyork.** Das Flugzeug „Santa Maria 2“ des Marquis de Binedo — die erste Maschine „Santa Maria“ wurde durch Feuer am 26. April zerstört — kam an Bord des Dampfers „Dulio“ unter Bedeckung bewaffneter faschistischer Miliz an.

○ **Newyork.** Die „Schwimmende Universität“ ist in den Hafen von Newyork eingelaufen.

Die Gefälligkeitfahrt.

Von Staatsanwalt Dr. May, Waupen.

Mitgeteilt vom Deutschen Verein für Sicherungslunde e. V., München.

Es kommt häufig vor, daß Kraftwagen einen Fahrgast aus Gefälligkeit mitnehmen, sei es in einem Auto, sei es auf dem Sozius des Motorrades. Bei solchen sogenannten Gefälligkeitfahrten nehmen sie eine Verantwortung auf sich, deren Tragweite sie sich oft nicht wohl bewußt sein werden. Im Falle eines von ihnen dabei schuldhaft (vorläufig oder fahrlässig) verursachten Unfalls haften sie dem Fahrgast nämlich einmal zivilrechtlich auf Ersatz des ihm durch den Unfall erlittenen Schadens nach Maßgabe der Vorschriften über die unerlaubten Handlungen. Sodann sind sie auch strafrechtlich verant-

wortlich, wenn der Unfall eine Körperverletzung oder gar den Tod des Fahrgastes zur Folge gehabt hat. Das gilt nach der Rechtsprechung im allgemeinen selbst dann, wenn der Inhaber die Veranlassung zu pflichtwidriger übermäßig schneller Fahrt oder zur Uebertretung sonstiger polizeilicher Fahrvorschriften gegeben hat. Es ist insoweit davon auszugehen, daß dies den Kraftfahrer nicht von seiner Verpflichtung entbinden kann, die vom Gesetz vorgeschriebene besondere Vorsicht in der Leitung und Bedienung des Fahrzeuges anzuwenden und eine angemessene Geschwindigkeit einzuhalten, wie überhaupt die polizeilichen Verkehrsregeln zu beobachten. Auch ist darin eine Einwilligung in die Verletzung nicht ohne weiteres zu erblicken, denn der Fahrgast wird in der Regel annehmen, daß ihm dabei nichts passieren kann. Der Kraftfahrer handelt also dabei auf eigene Gefahr.

Wer häufig in die Lage kommt, aus Gefälligkeit Fahrgäste mitzunehmen, tut daher gut daran, wenigstens die zivilrechtliche Haftpflicht auszuschließen, was nach dem Gesetz möglich ist. Doch ist es ratsam, dies schriftlich zu tun, denn sonst besteht die Gefahr, daß der Verzicht im Falle eines Prozesses bestritten wird, und dann ist der Kraftfahrer beweispflichtig. Lediglich durch ein im Kraftfahrzeug angebrachtes Schild die Haftpflicht auszuschließen, ist nicht zu empfehlen. In diesem Falle bedarf es im Prozeß des oft sehr schwer zu führenden Nachweises, daß es der Fahrgast gesehen und sich mit seinem Inhalte einverstanden erklärt hat.

Für den Fahrgast ist bei solchen Gefälligkeitfahrten zu beachten, daß er zumeist nur einen Anspruch gegen den Fahrer und nicht auch gegen den Halter des Fahrzeuges haben wird. Das liegt darin, daß sich die Haftpflicht bei Gefälligkeitfahrten nur nach den Vorschriften über unerlaubte Handlungen richtet, also ein Verschulden voraussetzt. Ein solches könnte beim Fahrzeughalter aber höchstens dann vorliegen, wenn er es bei der Auswahl des Führers oder bei dessen Leitung, sofern es einer solchen bedarf, an der nötigen Vorsicht hat fehlen lassen. Wer öfter als Fahrgast solche Gefälligkeitfahrten mitzumachen in die Lage kommt, sollte sich daher durch eine entsprechende Unfallversicherung schützen, denn vom Führer allein wird er vielfach nicht vollen Ersatz seines Schadens erlangen können.

Barmat-Prozeß.

Die protokollierten Aussagen Höfles.

In den Verhandlungen im Barmat-Prozeß ist man jetzt zum fünften Kapitel der Anklageschrift gekommen, der die privaten finanziellen Vorteile des verstorbenen Reichspostministers Höfle durch die Barmats behandelt. Dazu wurden die Aussagen Höfles vor dem Untersuchungsrichter aus dem Protokoll vorgelesen. In diesen Aussagen befreit Höfle sehr energisch, jemaß aus den Geschäften oder dem Verkehr mit Barmat irgendwelche persönlichen Vorteile gezogen zu haben. Er sagte u. a. aus:

„Ich habe insgesamt von Julius Barmat und von der Merkurbank rund 120 000 Mark als Gelder für meinen Neubau erhalten. Seit Mai 1924 habe ich Gelder in Einzelbeträgen bis zu etwa 15 000 Mark von Julius Barmat bekommen. Lange-Heermann überhandte mir zwei Beträge von zusammen 31 000 Mark. Die für den Neubau geliehenen Gelder sollten später durch eine Hypothek auf mein Haus oder sonstige zurückgegeben werden. An die Tatsache, daß er von Barmat 120 000 Mark Bauschuld genommen hatte und daß B. ihm den Betrag von 60 000 Mark für Parteizwecke zur Verfügung stellte, habe er bei den Kreditverhandlungen Barmats mit der Post nicht gedacht. Er habe sein Vorgehen stets für korrekt gehalten.“

In einer weiteren Vernehmung am 14. Februar 1925 verfuhr Höfle, sich gegen die Anschuldigung der Untreue zu verteidigen. Über einen großen Teil der restlichen Gelder konnte er aber keine Aufklärung geben, da, wie er angab, Aufzeichnungen nicht mehr vorhanden seien. Auch in der Schlussvernehmung vom 7. April 1925 bestritt Höfle, sich des Betruges schuldig gemacht zu haben. Er habe 60 000 Mark als Sonnar für volkswirtschaftliche Beratung von Konrad Lewin erhalten. In Sachen der Amerikawies er auf die Buchungen hin, die bekräftigen, daß er 120 000 Mark erhalten habe. Deshalb die 500 Dollar, die er in Marienbad erhalten habe, auf Unterkonto verbucht seien, wisse er nicht.“

Bermischtes.

— **Kann der Mensch von Champagner leben?** Komische Frage! Aber in Paris haben sie jetzt, wenn auch nicht wissenschaftlich, so doch wenigstens polizeilich, ermittelt, daß der Mensch mindestens acht Tage ausschließlich von Champagner sein eienbes Dasein fristen kann. Der Mensch, um den es sich in diesem bemerkenswerten Falle handelte, war ein Pole, der eines schönen Tages in den Weinsteller einer Pariser Bar hinuntergefallen war in der Hoffnung, dort neben einigem Trinken auch etwas zu essen zu finden. In dieser Hoffnung sah er sich schmählich getäuscht: es waren sehr gute Sachen dort unten, aber ausschließlich flüssig. So machte sich der Pole an den Bordstein und an den Champagner und trank „cejal weg“ acht Tage hintereinander, jeden Tag eine ganz respektable Anzahl Flaschen. Als er am Abend des achten Tages von der Polizei an die Oberwelt befördert wurde, hatte er einen Manonentransch. Es ist also folgendes bewiesen: Champagner ist ein recht kostspieliges Nahrungsmittel, aber wenn man nichts anderes zur Hand hat, kann man eine Zeitlang zur Not damit durchhalten. Hätte man den polnischen Mann nicht jählings gestört, so hätte er mit der Champagnernahrung vielleicht noch ein paar Tage länger auskommen können.

— **Vom Mantiertreiber zum Staatspräsidenten.** Der italienisch-jugoslawische Konflikt um Albanien, der benahe zum Kriege geführt hätte und auch jetzt noch nicht restlos erledigt ist, hat auch die Persönlichkeit des Präsidenten von Albanien in bengalische Beleuchtung gerückt. Man weiß jetzt Näheres über diesen Achmed Beg Zogu, der unter italienischer Oberleitung in Albanien herrscht. Achmed stammt aus einer albanischen Kleinbauernfamilie, die in dem gottvergesenen Dorfe Zogu trotz des stolzen Titels Beg (Bei) ein kümmerliches Leben führte. Er war in seiner Jugend Hausierer, Mantiertreiber und Pferdehändler, konnte es aber nie zu etwas bringen und verarmte während der vielen Balkankriege vollständig. Da er die serbische Sprache verstand, machten ihn die Österreicher im Weltkrieg zum Dolmetscher; er scheint damals auch ein bißchen pioniert zu haben und hatte zwar nur ein bescheidenes Gehalt, aber hübsche „Nebeneinkünfte“. Als dann die Italiener in Albanien einzogen, hielt es Achmed Beg für geraten, zu verschwinden. Er trieb sich in Serbien herum, wurde Wandenführer und gefangte schließlich auf den Präsidentenstuhl von Albanien, nachdem er aus dem jugoslawischen Lager in das Lager der Italiener übergegangen war. Heute ist Achmed Beg ein großer Grundbesitzer, der nicht unbedeutende Depots in ausländischen Banken hat, und zwar sowohl in italienischen wie auch in jugoslawischen — denn man kann nie wissen!

Die Wareneinfuhr nach Danzig und Polen.

Von Dr. G. A. Dalger.

In Polen besteht bekanntlich seit dem Juli 1925 für die Wareneinfuhr ein System der Reglementierung und Kontingentierung, das hauptsächlich als Hilfsmittel gegen die Passivität der Handelsbilanz gedacht ist. Auf Grund dieser Kontingentierung hat der polnische Kaufmann und Industrielle bisher aus Deutschland alle diejenigen Waren erhalten, die er zur Fortführung seines Geschäftes bzw. seiner Fabrikation benötigte. Auch die freie Stadt Danzig konnte bis jetzt dank besonderer Festsetzungen ihren Bedarf ebenfalls aus Deutschland einführen. Aus dieser Regelung erklärt es sich, daß Deutschland trotz des deutsch-polnischen Zollkrieges an der Einfuhr nach Polen im Januar 1927 mit 24,5 Millionen Goldzloty von allen Staaten weitaus am stärksten beteiligt war und fast doppelt so viel einführte wie die an zweiter Stelle stehenden Vereinigten Staaten von Nordamerika (13,4 Millionen). Auch in der Ausfuhr Polens für Januar 1927 steht Deutschland mit 22,2 Millionen an erster Stelle, dann folgt England mit 12,9 Millionen Goldzloty.

In jüngster Zeit tauchen nun immer eindringlicher Gerüchte auf, laut denen Polen eine Beschränkung der Einfuhrkontingente vornehmen will, um ein weiteres Abgleiten seiner Handelsbilanz zu verhindern. Letztere ergab im Jahre 1926 einen Aktivsaldo von 409,8 Millionen Goldzloty; daß dieser Ausfuhrüberschuss trotz einer mengenmäßig gewaltig gestiegenen Ausfuhr nur durch die Abdröpfung der Einfuhr erreicht wurde, geht klar und deutlich aus der Zusammenstellung der Wertzahlen des polnischen Außenhandels in den letzten drei Jahren hervor:

Jahr	Einfuhr:		Ausfuhr:		Saldo
	in Millionen Goldzloty	in Millionen Goldzloty	in Millionen Goldzloty	in Millionen Goldzloty	
1924:					
1925: 1. Halbj.	1048,2	1478,6	630,1	1265,9	- 212,7
2. "	554,6	1692,8	612,0	1272,1	+ 87,4
1926: 1. "	352,0	896,2	574,5	1306,0	+ 221,5
2. "	544,2	896,2	731,5	1306,0	+ 187,3

In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres hat sich die Abschnürung der Einfuhr, wie schon in der zweiten Hälfte des Vorjahres, gelockert; die gestiegene Kaufkraft der polnischen Bevölkerung ermöglichte eine stärkere Eindringung mit den notwendigsten Einfuhrwaren. Dadurch ging im Januar 1927 der Aktivsaldo der Handelsbilanz auf 7 (Januar 1926 61,9) und im Februar auf 4,4 (Februar 1926 42,9) Millionen Goldzloty zurück. Da die Ausfuhr von Rohle stark zurückgeht, die des Getreides sehr unbedeutend und auch der Zuckerexport vorläufig eingestellt ist, erscheint es sehr wohl denkbar, daß Polen vorübergehend seine Handelsbilanz durch eine weitere Beschränkung der Einfuhr zu schätzen sucht.

Dabei muß jedoch beachtet werden, daß in der Gesamteinfuhr Polens im Jahre 1926 die für die einzelnen Länder und Waren festgesetzten Kontingente nur zum Teil ausgenutzt wurden und daß die tatsächlichen Einfuhren hinter der zulässigen Höhe zurückblieben, vor allem in der ersten Hälfte des Jahres 1926, als die Wirtschaft Polens noch darnieder lag und die Währung geschwächt war. Aber bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 beginnt die Einfuhr kräftig zu steigen, wie aus der nachstehenden Tabelle über die monatliche Ein- und Ausfuhr Polens hervorgeht:

1926	Einfuhr:		Ausfuhr:		Saldo
	in Mill. Gzl.	in Mill. Gzl.	in Mill. Gzl.	in Mill. Gzl.	
Januar	47,3	109,2	109,2	109,2	+ 61,9
Februar	47,8	90,7	90,7	90,7	42,9
März	72,9	88,2	88,2	88,2	15,3
April	68,2	93,8	93,8	93,8	25,6
Mai	52,2	89,6	89,6	89,6	37,4
Juni	63,4	102,0	102,0	102,0	38,6
Juli	65,8	120,9	120,9	120,9	55,1
August	92,1	128,6	128,6	128,6	36,5
September	85,4	114,7	114,7	114,7	29,3
Oktober	102,2	117,9	117,9	117,9	15,7
November	108,0	131,7	131,7	131,7	23,7
Dezember	90,9	118,7	118,7	118,7	27,8

Berlin baut.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Haben Sie schon ein Wochenendhaus? Wenn nicht, warum nicht? Wissen Sie nicht, daß das die neueste Berliner Mode ist? „Wochenende“ ist der letzte Schrei. Wir arbeiten alle viel zuviel. Schon haben Überschaue herausgefunden, daß der ganze Krieg überhaupt nur daraus entstanden ist, daß der Deutsche kein „Weekend“ feierte. Natürlich drängelte er sich damit auf dem Weltmarkt nach vorn, natürlich wurden die anderen neidisch, natürlich wollten sie aber nicht ihrerseits ihr „Weekend“ aufgeben und natürlich zettelten sie daher lieber einen Krieg an. Da haben wir es. Und wenn wir nun wieder so weitermachen?

Arbeit ohne Erholung taugt nicht. Was Wunder, wenn der alte Adam Sonntags wenigstens bis elf Uhr in den Federn liegen will und nach Tisch höchstens zu dem üblichen Familien-Sonntagnachmittag-Spaziergang zu bewegen ist. Und das soll Erholung sein? Der eine Blütensonntag im Jahr, an dem man hergebrachterweise nach Werder fährt, die eine Herrenpartie an Himmelfahrt, die machen das Kraut nicht fett, denn sie endigen bekanntlich nicht mit Erholung, sondern mit einem Skopp. Darum her mit dem Wochenende! Fünf Tage sollst du arbeiten und von Sonnabend nachmittag bis Montag vormittag sollst du ins Wochenende fahren! Zum Wochenende gehört selbstverständlich das Wochenendhaus, anders kann sich der Berliner das nicht vorstellen. Der Berliner, der es ja auch „reisen“ nennt, wenn er sich mit Kind und Kegel und Diensthöfen in die Eisenbahn verstaubt, an der Ostsee ein Stöckchen mietet und dort für ein paar Wochen genau denselben Betrieb aufmacht wie zu Hause. Daß Erholung, Reisen, Wochenende etwas anderes sein sollen als der tagtägliche Werttag — sagen Sie das mal dem Berliner! Auch die Wochenendaufstellung sagte es ihm kaum, selbst wenn man davon abieht, daß sie miserabel befucht wurde. Denn wenn sie es auch nicht gänzlich vergift, daß man am Wochenende wandern, radfahren, Sport treiben, schwimmen, rudern, segeln kann, als eigentliches Wochenendideal stellt sie doch die vier Wände auf eigenem Boden hin, auf dem man Sonntag für Sonntag seinen Kohl baut. Und im Sommer ist die Familie ganz draußen und nur der Ernährer fährt die Woche über nach Berlin ins Geschäft. Genau, aber haargenau so, wie es die Berliner vor hundert Jahren machten, nur nannten sie es damals nicht Wochenende, sondern Sommerwohnung, und hatten es in den Dörfern Charlottenburg, Schöneberg und so. Neue Mode? Alter Brauch!

Die Amerikaner wollen bekanntlich eine neue Stadt hierzulande bauen. Denn 14 000 Wohnungen, ist das nicht eine ganze Stadt für sich? Mindestens 50 000 Menschen

Bei gleichbleibender Ausfuhr hätte man für die kommenden Monate des laufenden Jahres mit einer durchschnittlichen Einfuhr nach Polen von rund 100 Millionen Goldzloty gerechnet. Inzwischen haben sich die Verhältnisse betreffs der polnischen Ausfuhr etwas ungünstiger gestaltet, als man anfänglich gedacht hatte. Die unmittelbare Folge davon ist naturgemäß eine entsprechende Einschränkung der Einfuhr die sich voraussichtlich so lange auswirken wird, bis die Ernte des neuen Jahres zum Export bereit steht.

Wie stark sich der mengenmäßige Rückgang des polnischen Exportes finanziell auswirken wird, geht aus der bloßen Tatsache hervor, daß es sich bei der polnischen Ausfuhr namentlich um Massengüter handelt, während die Einfuhr vorwiegend aus Qualitätsartikeln, hochwertigen Rohstoffen und Halbfabrikaten besteht. Trotz der großen Ausfuhrprämie, die durch die Entwertung des Zloty gegeben war, trotz starker Begünstigung durch Steuerermäßigung und Frachtvergünstigungen, trotz der durch den englischen Bergarbeiterstreik hervorgerufenen ungewöhnlich günstigen Konjunktur für Kohle und Eisenprodukte hatte die polnische Ausfuhr des Jahres 1926 im Gesamtgewicht von 22,3 Millionen Tonnen nur einen Ausfuhrwert von 1306 Millionen Goldzloty, während die Ausfuhr des Jahres 1925 im Gesamtgewicht von 127,1 Millionen Goldzloty darstellte. Einer mengenmäßigen Steigerung der Ausfuhr um 64 Prozent steht also eine Werterhöhung der Ausfuhr um nur 2,8 Prozent gegenüber. Polen hat seine Ausfuhrwaren zu Schleuderpreisen verkauft, vor allem deshalb, weil es anstelle des ihm verschlossenen deutschen Absatzmarktes seine Waren auf fremden Märkten zu wesentlich ungünstigeren Bedingungen absetzen mußte, um dort ins Geschäft zu kommen. Für die Volkswirtschaft Polens, im ganzen betrachtet, war die Ausfuhr des Jahres 1926 kein Segen. Gerade in dieser Tatsache kommt die Schädigung Polens durch den deutsch-polnischen Zollkrieg am deutlichsten zum Ausdruck.

Ein weiteres Moment ist noch festzustellen. Die Ausfuhr von Fertigungsgütern aus Polen ist von 22 Prozent der Gesamtausfuhr im Jahre 1925 auf 13 Prozent der Gesamtausfuhr im Jahre 1926 zurückgegangen. Diese Tatsache müßte die Anhänger einer zunehmenden Industrialisierung des Landes nachdrücklich stimmen. Polen ist ein Agrarland und im Besitze wertvoller Rohstoffe; nur deren Ausfuhr bietet die Gewähr für eine fortschreitende Entwicklung der polnischen Wirtschaft. Für den Handelsverkehr mit Deutschland aber ergibt sich aus dem Gesagten die Folgerung, daß die Einfuhr von Rohstoffen aus Polen erforderlich ist, wenn die Ausfuhr nach dem polnischen Zollgebiet gesteigert werden soll. Erst nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages wird sich dies erreichen lassen. Bis dahin muß die deutsche Exportindustrie damit rechnen, daß der Einfuhrbedarf Polens noch mehr als bisher durch Regierungsmassnahmen eingeschränkt werden wird.

Prinzessin Juliane von Holland.

In diesen Tagen wurde mit großen Festlichkeiten in Holland der Termin gefeiert, zu dem die holländische Thronerbin, Prinzessin Juliane, die Großjährigkeit erreichte.



reiche. Die Prinzessin erhält nunmehr einen eigenen Palast mit Hofstaat. Unser Bild stellt sie mit ihrer Großmutter, der Königinwitwe Emma, dar.

Wenn es erst einmal soweit ist. Denn einstweilen wird noch verhandelt. Selbstverständlich, einen solchen Riesenplan kann man nicht überstürzen, und wenn die Stadt Berlin auf 28 Jahre die Garantie für die Mieten übernehmen soll, hat sie wohl das Recht, sich die Sache vorher zu überlegen. Aber den 100 000 wohnungssuchenden Familien in Berlin geht das überlegen zu langsam. Da kommen nun endlich Leute und wollen bauen, nicht mit öffentlichen Geldern, sondern aus eigener Tasche, und trotzdem sollen die Wohnungen nicht teurer werden — und nun müssen die Herren Stadtväter sich mit den Bedenken herumschlagen. Ob auch die Baukosten nicht ansteigen, wenn man gar zuviel baut? Ob auch die Mieten nicht sinken und die Stadt später draufzahlen muß? Die Mieten könnten sinken? 500 000 neue Wohnungen braucht Berlin in den nächsten zehn Jahren nach dem Urteil des Sachverständigen der Stadt selbst, des Leiters des Groß-Berliner Zentralwohnungsamtes. Das sind im Jahr 50 000 Wohnungen. Und 15 000 sind nach günstigen Schätzungen in jedem der beiden vergangenen Jahre gebaut worden, 20 000 sollen es, wer's glaubt, in diesem Jahre werden, und mit dem ersten Bauabschnitt des Amerikanerplanes immerhin erst 27 000. Also werden die Amerikaner doch wohl durchdringen. In diesem Jahre freilich kaum mehr, denn den Sommer über wird man ja wohl noch verhandeln. Wenn man sich einig wird, bekommt Berlin nicht weit vom bayerischen auch sein amerikanisches Viertel; Neu-Schöneberg ist auf dem Marsche.

Zuweilen können antike Mühlen auch schnell mahlen. Mit dem Ausbau der Berliner Untergrundbahn soll es jetzt fabelhaft vorwärtsgen. Die vor dem Kriege begonnene U-Bahn-Schnellbahn wird in diesem Jahre zwar nicht gerade fertig werden, nein, so schnell geht es nun doch nicht, aber zwei Teilstrecken in Neukölln sollen wenigstens eröffnet werden. Die Oststrecke nach Lichtenberg ist eben in Angriff genommen worden und wenn sie ausgehoben ist, soll sie ins Stadtimere verlängert werden, um die längst notwendige Entlastung der dortigen Stammstrecke zu bringen. In zwei Jahren soll es soweit sein. Inzwischen werden dann auch einige Außenstrecken teils neugebaut, teils erweitert sein und dann folgen die übrigen, weniger dringlichen Baupläne. Die Reichsbahn elektrifiziert in den nächsten zwei Jahren auch ihr ganzes Berliner Netz — es wird eine Lust sein, zu leben und Schnellbahn zu fahren. Was man jetzt nicht unbedingt behaupten kann. Ich, man ist ja schon recht zweifelhaft geworden, wenn von Schnellbahnbauten erzählt wird. Nun, diesmal soll es wirklich nicht bei bloßen Versprechungen bleiben. Acht bis neun Millionen Mark pro Monat, rund hundert Millionen jährlich, sollen fünf Jahre hindurch in den Berliner Boden gesteckt werden. Also, laßt uns nicht zweifeln, sondern hoffen. An irgendeine Hoffnung muß der Mensch schließlich sein Herz hängen. Warum nicht an diese?

Ernst E. n.

Leipzig Welle 357,1. — Dresden Welle 294.

Donnerstag, 5. Mai.

16.30—18.00: Nachmittagskonzert des Dresdner Streichquartetts. * 18.05—18.20: Aufbühnungsrundfunk. * 18.20 bis 18.30: Streichquartett. * 18.30—18.55: Deutsche Welle, Berlin Spanisch für Fortgeschrittene. * 19.00—19.25: Leben, Alter, und Tod. Prof. Dr. N. Schödel-Jena: Die Altersveränderungen. * 19.25: Wettervorhersage, Zeitangabe. * 19.30: Übertragung aus dem Neuen Theater in Leipzig: „Fingros Hochzeit“. Komische Oper in vier Akten von W. A. Mozart. Musikal. Leit.: Gust. Brecher. In Szene gesetzt von Heinz Hofmann. * 23.00: Funkbrunnen. * 23.10: Pressebericht und Sportfunk. * Funkstille.

Berlin Welle 484, 566.

12.30: Die Vertikale für den Landwirt. * 4.00: Spanisch. * 4.30—6.00: Kapelle Gebrüder Steiner. * 6.30: Dr. J. Kapp: Einführung zu der Übertragung aus der Städtischen Oper am 6. Mai. * 7.05: Prof. Dr. Jug. A. Hilbert: Die neueren Schweißverfahren und ihre Anwendung in der Industrie. * 7.30: Dr. jur. Gerh. Erbmann: Die deutsche Sozialversicherung. * 7.55: Chefredakteur Georg Bernhardt, M. d. R. W. A.: Der Mensch in der Volkswirtschaft (Der Konsument als Werkfaktor). * 8.30: Wiener Lust. Dirigent: Georg Söll v. d. Berliner Staatsoper. Mitwirk.: Dr. Erich Förmner (Rezitation), Artur Kleiber (Bariton), Angela Sax (Sopran), Berliner Funkorchester. * 10.30—12.30: Tanzmusik.

Königsruferhaus Welle 1250.

3.00—3.30: Hausfrauenwünsche zum hauswirtschaftlichen Pflichtjahr. * 3.40—4.00: Wetter- und Vörsenberichte. * 4.00 bis 4.30: Fr. Julius, Referentin i. Min. f. Landwirtschaft: Weibliche landwirtschaftliche Berufe. * 4.30—5.00: Aus dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. * 5.00—5.30: Dr. W. Birchs: Eupen-Malmédy. * 5.30—6.00: Prof. Dr. Liebert: August Strindberg, seine Weltanschauung und seine Kunst. * 6.00—6.30: C. A. Blum: Ein neues technisches Mittel zur Analyse und Synthese rhytmisch-künstlicher Geschehens. * 6.30—6.55: Spanisch. * 6.55—7.20: Dr. Mersmann: Das deutsche Kunstlied bis Schubert. * 7.20—7.45: Oberförster Dr. Wittich: Die Bedeutung einer genauen Kenntnis und sachgemäßen Behandlung des Waldbodens für die Holzherzeugung, seine Vorbereitung zu den Kulturen. * Ab 8.30: Übertragung aus Berlin.

Stettin Welle 252 bringt das gesamte Berliner Programm.

Wie man „verkaufen“ lernt.

Ein Beitrag zur Frage der Berufswahl.

Ein großer Teil unserer Jugend hat kürzlich die Schule verlassen und für die Eltern ergibt sich die nicht immer leicht zu lösende Frage: Was soll das Kind werden? Handwerker hat, wie man mit Recht sagt, goldenen Boden — aber auch andere Berufe nähren den tüchtigen Mann. Es kommt eben darauf an, daß — der Schläge Beruf gewählt wird. Wenn ein Knabe z. B. zwar sehr geschickte Hände hat, die schon früh Vaters Uhr in Gang zu bringen oder die Klingeleitungen herzustellen, ja, vielleicht sogar einen Radioapparat zu bauen verstanden, — während er sonst vielleicht (ohne deshalb, wie man zu sagen pflegt, auf den Kopf gefallen zu sein) eine etwas schwerfällige Auffassungsgabe besitzt, so wird man wohl am besten tun, ihn nicht Kaufmann, sondern Handwerker oder Techniker werden zu lassen. Und ein Mädchen, das mehr Neigung und Fähigkeit zu den weiblichen Angelegenheiten zeigt, für die es eigentlich von der Natur bestimmt wurde, wird man nicht ins Bureau stecken.

Wer sich für den kaufmännischen Beruf eignet, dem stehen viele Möglichkeiten offen. Je nach Neigung und Fähigkeit mag er sich dem Außendienst (z. B. als Reisender) zuwenden oder im inneren Betriebe wirken, sei es im Bureau, am Lager oder — und das soll uns hier für diesmal interessieren — als Verkäufer.

Jeder Kaufmann, ganz gleich, ob er in der Großstadt oder auf dem Lande sein Geschäft hat, weiß, wie wichtig es für ihn ist, theoretisch und praktisch so genügend vorgedichtetes Verkaufspersonal zu besitzen, daß jeder Kunde, der den Laden betritt, seinen besonderen Wünschen gemäß — so verschieden die Menschen, so verschieden ja auch ihre Ansprüche — und so zufriedenstellend bedient wird, daß er — wiederkommt. Es genügt durchaus nicht, daß die Verkäuferin oder der Verkäufer die als selbstverständlich vorauszusetzende Kenntnis der Waren haben, die das Geschäft führt, sondern sie müssen auch lernen, wie man einen Kunden behandelt — und nicht behandelt. Gewandtes Benehmen, gute Umgangsformen, klare Anspruchsweise, Höflichkeit ohne Aufdringlichkeit, Geistesgegenwärtigkeit in allen Lagen — das sind so einige der Eigenschaften, die Verkäufer, wie schon betont, neben ihrer Sachkenntnis besitzen müssen. Der von Natur schüchtern und daher sich auch etwas unbeholfen gebende Mensch, derjenige, der nicht ganz einwandfrei Deutsch spricht, ein schwacher Rechner ist oder der, mit übermäßigem Temperament ausgestattet, nicht über die unbedingt notwendige Geduld und auch — über ein gut Teil Entgegenkommensfähigkeit verfügt, der wird niemals ein guter Verkäufer werden, ein wie wertvoller Mensch er auch sonst sein mag.

Wie wichtig alle die soeben aufgeführten Eigenschaften, ja, wie notwendig sie für den Verkäufer sind, dafür spricht ja auch die Tatsache, daß man jetzt vielfach dazu übergeht, besondere Schulen, sogenannte „Verkauferschulen“ einzurichten, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Angehörigen dieses Berufes in Ergänzung der praktischen Lehre auch theoretisch gründlich für die Aufgabe zu erziehen, die man mit dem modernen Worte „Dienst am Kunden“ bezeichnet. Besonders geschulte Lehrkräfte wachen hier ihres schwierigen Amtes und lehren in den 3—4 Jahren, die der Kursus umfaßt, folgende Fächer: Warenkunde, Rechnen, Schriftverkehr, Handelskunde, Kurzschrift, doppelte Buchführung, kurz alles das, was eben notwendig ist, damit der Verkäufer seine verantwortungsvolle Tätigkeit ganz und gar ausfüllen kann. Verkaufsgesprächen werden aufgeführt: eine kundige Verkäuferin stellt die „Kundin“ dar, der Schüler muß sie bedienen — und zeigen, was er kann. . . oder noch nicht kann. Und für die jungen Mädchen sind in manchen dieser Schulen noch besondere „hauswirtschaftliche Kurse“ eingerichtet, in denen sie auf ihren Beruf der Hausfrau und Mutter vorbereitet werden: die edle und schwierige Kunst des Kochens, die Instandhaltung der Wäsche, Weihenähen usw., Säuglingspflege — alles das und noch vieles andere wird ihnen beigebracht. Der Mann, der eine so geschulte Verkäuferin heiratet, braucht also auch nichts für seinen Magen zu befürchten, durch den ja bekanntlich — seine Liebe gehen soll.

Nach tüchtigem Verkaufspersonal herrscht immer Nachfrage. Wer also für diesen Beruf die notwendige Eignung besitzt, der mag — Verkäufer lernen. L. S.

Es gärt in der englischen Arbeiterpartei.

Von Hermann Carols.

Die Sensation des kürzlich abgehaltenen Parteitag der englischen Independent Labour Party bildete die Enthebung Macdonalds von seiner bisherigen Tätigkeit als Schatzmeister der Partei. Es erfolgte in geheimer Sitzung mit 312 gegen 118 Stimmen. Gegen Macdonald stimmten vor allem die Abgeordneten der Bergarbeiterdistrikte. Die Kaltstellung Macdonalds ist ein deutlicher Beweis für die innere Gärung in der britischen Arbeiterbewegung, in der zur Zeit die radikalen Elemente an Raum zu gewinnen scheinen. Der Einfluss der Labour Party als der parteipolitischen Zusammenfassung der englischen Arbeiterpartei auf den äußeren und inneren Kurs Großbritanniens ist zu bedeutsam, als daß diese Entwicklung vor der deutschen Öffentlichkeit so einfach übersehen werden könnte.

Die englische Labour Party, die erst im Jahre 1900 gegründet wurde, verdankt ihren für die Weständigkeit der parlamentarischen Verhältnisse Englands fast sensationell anmutenden Aufstieg nicht zuletzt ihrer eigenartigen Beschaffenheit. Noch vor dreißig Jahren gehörten die mit Hilfe der gewerkschaftlichen Trade Unions gewählten Arbeitervertreter im Unterhaus der liberalen Fraktion an. So T. Burt, der 1874 als erster Arbeiter in das englische Parlament einzog; so nach ihm Männer wie Hyndman, Sidney, Webb, Harbin u. a. In diesem Zustand änderte sich auch dann nichts, als später die sogenannten „älteren“ politischen Zusammenschlüsse der Arbeiter erfolgten, nämlich die Gründungen der Social Democratic Federation (S.D.F.), der Fabian Society und der Independent Labour Party. Es sei uns gestattet, in Kürze auf die Besonderheiten dieser Gründungen einzugehen. Sie alle nämlich haben 1900 neben den Trade Unions an dem Zustandekommen der großen britischen Labour Party mitgewirkt und bestehen noch heute als „Fraktionen“ innerhalb der Partei fort. Sie alle sind noch heute die gewichtigen Träger der verschiedenen gegenwärtigen Meinungen innerhalb der Labour Party.

Die älteste dieser Gründungen, die auch zugleich die kleinste geblieben ist, indem ihr Mitgliederbestand schwerlich jemals die Zahl 12 000 überschritt, ist die 1881 von S. M. Hyndman gegründete Social Democratic Federation (S.D.F.). Ihr Führer Hyndman hat sich während des Weltkrieges zwar hemmungslos an der Heerarbeit der Northseeflotte beteiligt, der Charakter der Organisation ist indes stets linksradikal gewesen und ist es heute mehr denn je zuvor. Schon drei Jahre später entstand die noch immer sehr starke und einflussreiche Fabian Society, eine vorwiegend intellektuelle Gruppe mit starken staats- und sozialistischen Einschlägen. Die hervorragendsten Vertreter englischen Geisteslebens, Sidney Webb, Bernard Shaw, zeitweilig auch H. G. Wells, gehörten und gehören ihr an. Ihre Aufgabe sieht sie vor allem in der Vorbereitung der intellektuellen auf die Verwirklichung ihrer sozialistischen Ziele. „Fabian Society“ nennt sie sich nach dem als „Zauberer“ bekannten römischen Feldherrn Fabius, deshalb, weil sie nicht den Umsturz durch rohe Gewalt erlangen, sondern warten will, bis die Zeit zur Verwirklichung ihres Programms reif ist.

Am bedeutsamsten ist die dritte, 1893 vollzogene Gründung der Independent Labour Party, der „Unabhängigen Arbeiterpartei“, die sozialistische, teilweise sogar marxistische Ideen vertritt und eine Zeilang überdies neben den deutschen Unabhängigen der Wiener Internationale angehörte. Sie ist stets besonders regsam gewesen und noch heute gleichsam der „Sauerreiß“ der großen Labour Party. Gerade jetzt wieder bringt sie die große Sammelpartei, die sich bekanntlich auf ihrem letzten, in Margate abgehaltenen Parteitag scharf gegen den von den Kommunisten geschürten Radikalismus innerhalb der Partei wandte, in neue Erregung. Sie war es, die den aus ihr hervorgegangenen Ramsay Macdonald auf die Höhen des politischen Ansehens und zu internationaler Geltung erhob.

Was veranlaßte sie nunmehr, dem gleichen Macdonald der Stuhl vor die Tür zu setzen, ungeachtet der politischen Schädigung, die einem Manne dieses Formats naturgemäß daraus entstehen mußte? Mit Hinweis auf persönliche Differenzen, auf Eifersüchteleien und Führerstreben ist dieses Verhalten nicht zu erklären. Es sind vielmehr tiefgehende, grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten maßgeblich gewesen. Meinungsverschiedenheiten, die seit der Ernteministerzeit Macdonalds immer schärfere Formen angenommen hatten. Damals konnte er keine von den gemachten sozialen und wirtschaftlichen Versprechungen halten, — mehr noch hat seine spätere Stellung zu dem großen Bergarbeiterstreik und zum Generallstreikversuch verschunpft, — genug, auf dem soeben zu Ende gegangenen Parteitag kühlte man sein Mütchen in entrüsteten Beschwerden über Macdonald und... setzte ihn ab. Nicht weniger als 66 Parlamentsabgeordnete der Labour Party standen in den Reihen dieser radikalen Opposition, trotz eindringlicher Warnungen des Führers der großen Sammelpartei, Hendersons. — Margate ist überholt! Radikalisierung — ist Trumpf!

Bei der Beurteilung der politischen Entwicklung der Labour Party muß man immer im Auge behalten, daß die breite Masse der Labour-Gesellschaft in den gemäßigten gewerkschaftlichen Trade Unions organisiert ist und überdies noch heute die liberale

Wahl- und Parlamentsverwandtschaft von ehemals angeführter der Labour-freundlichen Haltung des liberalen Parteivorstehenden David Lloyd George im maßgebenden Sinne auf die Arbeiterpartei einwirkt. Aus den Vorgängen auf dem Parteitag der I.L.P. indes erhellt man, daß der gesunde, wohl gemächte Sozialismus von den rührigen Labour-Kreisen trotz Margate mehr und mehr zu Gunsten eines rücksichtslosen, bolschewistischen Ueber-Sozialismus beiseite geschoben wird. Macdonald hat in ebendemselben Maße vor dieser gefährlichen Ehe gewarnt. Darum hat man ihm seinen unmittelbaren Einfluß auf die I.L.P.-Partei als Schatzmeister genommen, damit zugleich aber auch — als direkte Folge dieser „Maßregelung“ — alle amtlichen Einflüsse auf die große nationale Labour-Sammelpartei. Wir haben alle Ursache, die darin dokumentierte neue Linkswendung der Arbeiterpartei mit wachsenden Augen zu verfolgen.

Mehr als es in Margate noch der Fall war, steht die britische Arbeiterpartei heute vor der Frage: Moskau oder Amsterdam, Weltrevolution oder organische Entwicklung der sozialen Programme auf dem Boden der Verfassung? Die „Unabhängige Arbeiterpartei“ ist, wie einst in Deutschland, jetzt in England das Tor, durch das die moskowitzischen Kommunisten ihren Einzug halten.

Kanada und die Panamerikanische Union.

Anlässlich der jüngst erfolgten Errichtung eines Gesandtschaftspostens der Vereinigten Staaten in Amerika haben sich in der südamerikanischen Presse Stimmen erhoben, welche die Einbeziehung Kanadas in die Panamerikanische Union lebhaft befürworten. Eine Reihe namhafter latein-amerikanischer Zeitungen vertritt dabei den Standpunkt, daß Kanada in dieser Union ein wirksames Gegengewicht zu dem ständig wachsenden Einfluß der Vereinigten Staaten bilden würde.

Die Gegner eines solchen Eintritts Kanadas betonen wiederum, daß Kanada zwar ein selbständiger Staat im Britischen Reich sei, aber doch nicht vollständig in völkerrechtlicher Beziehung, solange der kanadische Generalgouverneur von englischen König ernannt werde. Man dürfe ferner nicht verkennen, daß Kanada immer noch ein Glied jenes internationalen Staatenbundes bilde, dessen Machtbereich sich über die ganze Welt erstreckt, und könne es deshalb nicht als einen rein amerikanischen Staat bezeichnen. Die kanadische Regierung hat hierzu bisher wohlweislich geschwiegen. Daß die etwaigen Bedenken des Foreign Office gegen einen Eintritt Kanadas in die Panamerikanische Union letzteres von dem Vorhaben nicht werden abhalten können, gilt in Amerika überall als sicher. Andererseits fürchtet Kanada, daß Washington in diesem Fall nicht zögern wird, in London deswegen vorstellig zu werden und darin einen Verstoß wider seine geheiligte Monroe-Doktrin zu erblicken.

Gowjetfeindliche Propaganda in der Ukraine.

Die Rigaer Zeitung Sewodnja brachte kürzlich die Meldung, daß zur Zeit in der Ukraine eine lebhaft monarchistische Propaganda von in Jugoslawien ansetzenden ukrainischen Auswanderern betrieben wird, die sich zu diesem Zweck in ihrer früheren Heimat aufhalten. Man vermutet dahinter englisch-italienische Machenschaften, deren Spitze sich naturgemäß gegen Sowjetrußland richtet. In Moskauer Kreisen erwartet man bereits im Mai den Ausbruch örtlich begrenzter Erhebungen mit dem ukrainischen Ziel einer Loslösung Charkows und Kiwos von der bolschewistischen Zentralgewalt. Die separatistischen Umtriebe in der Ukraine haben erst vor kurzer Zeit die Aufmerksamkeit des allukrainischen Rätekongresses auf sich gelenkt, in dessen Verlauf der gegenwärtige ukrainische Volkskommissar von Sowjets Gnaden, Tjubarj, ausdrücklich bezeugte, daß augenblicklich „dunkle Mächte“ am Werke seien, um die Ukraine von Räte- und Sowjetrußland abzutrennen. Der Nachweis ausländischer Hilfsgeber für diese Agitation sei bereits erbracht. Tjubarjs Aussagen wurden noch wesentlich bekräftigt durch die Kaganowits, eines ukrainischen Mitgliedes des kommunistischen Zentralausschusses, der ebenfalls betonte, daß zwar die separatistische Bewegung, die Hand in Hand mit monarchistischen und nationalistischen Strömungen der ukrainischen Intellektuellen arbeite, vorläufig noch nicht mit offenen Waffen kämpfe; doch sei die Gefahr dieser Bestrebungen keineswegs zu verkennen, und die Regierung in Charkow habe ihr nach wie vor die größte Beachtung zu widmen. —ag.

□ Gänzliche Abschaffung der Rangordnung in den preussischen Schulen. Wie bereits mitgeteilt, ist kürzlich an den höheren Schulen durch Verfügung des Kultusministers die Rangordnung aufgehoben worden. Der Minister hat diese Verfügung, wie der Amtliche Preussische Pressedienst erfährt, jetzt auch auf die Volksschulen und mittleren Schulen ausgedehnt.

tungsurnen in den Grabkammern gefunden. Die entseffelte Soldateska begann auf Geheiß des Feldherrn die Kanopen zu zerrümmern.

Da ertönten Schreie zum blauen Himmel empor, gefolgt vom Donner der Empörung. Das ruhig gewordene Land erhob sich. Mochten die schuppengepanzerten, verhassten Fremdlinge alle Schätze des Bodens rauben! Aber die Frevler vergriffen sich jetzt an den Heiligtümern der Totenstätten. Strahlten der Götter Augen aus geschmolzenem Kupfer nicht Feuer, um diese Frevler zu vernichten?

Eine diesige Nacht, in der die klagenden Schreie der Pumas fern verhallen, war herausgestiegen. Diego Almagro und zwei seiner Obristen erklimmen keuchend einen Gipfel, auf dessen Vorsprung eine geräumige Grabhöhle mit herrlichen Waffen und Geschmeide liegen sollte. Weit klafften offene Torflügel aus unbekanntem Metall. Drinnen geallerte Finsternis, die widerwillig dem rasch entzündeten Fackelscheine wich. Scheu blickten sich die Spanier um. Eng war die Grabkammer, sehr eng! Sie warfen keinen Blick in die Nachtnebel hinaus, auch hätten die Fackeln im Innern der Söhlung ihnen verwehrt, die Gestalten zu gewahren, die, lebendige Schatten, geräuschlos zu ihnen herauf huschten. Die Untersuchung der Toten-Truhen begann. Ein schmetternder Schlag, als breche das Gebirge nieder, ein Schlag, der den rohen Bewurf von Decke und Wänden in Staub verwandelte. Da! Wie durch ein Wunder fielen die Torflügel zu. Keine Gewalt konnte sie von innen öffnen. Gefangen! Stunde um Stunde durchmaß die Gefangenen den Raum. Die Fackeln erloschen. Die Brust von Schwaden dicker Luft bedrängt, begannen die Spanier erschreckt zu taumeln. Immer keuchender wurden ihre Atemzüge. Luft, Luft! Tigerblicke glühten auf, wenn die drei in kaum sichtbaren Umrissen an einander vorbei schwankten.

Ein schrilles Gelächter, einer der Offiziere begann sinnlos zu tanzen und zu springen — da packte ihn des Feldherrn Kammerhand. Still! Sein geliebtes Ohr hatte ein scharfes Knirschen unter dem Lehmbooden aufgefunden, vielleicht bohrte da ein Tier in der Erde, und was ein Tier vermochte — drückendes Schweigen. Die Seele der Eingeschlossenen lag in ihrem Ohr. Das Klirren und Krachen verstärkte sich. Die Augen, an das Dunkel gewöhnt, starteten angestrengt auf die Stelle, die ein sich vergrößerndes Sandhäufchen bildete — eine Messerklinge blinkte matt herauf, die Diego Almagro mit dem eigenen Messer parierte. Zugleich faßte er eine erdbebedeckte Hand — tiefes Schweigen, ein Freund oder Feind? Eine Ahnung wurde dann Gewißheit: „Marina?“ — „folgt mir,“ flüsterte sie zurück, „bleib mir den Gang erweitern!“ Sie taten es. Bald hob sich einer blendenden Schlange gleich Marinas zähtlicher Körper aus der Tiefe. Sie winkte. Stumm folgten ihr die Männer durch dunkle Schächte und sahen endlich, durch eine letzte Schutt-

Aus Stadt und Land.

Merktblatt für den 5. Mai.

Sonnenaufgang 4²¹ | Mondaufgang 7⁰⁷ B.
Sonnenuntergang 7³⁰ | Monduntergang —
1818 Karl Marx geb. — 1821 Napoleon I. gest.

Der 23. ordentliche Genossenschaftstag der sächsischen gewerblichen Genossenschaften und die 22. ordentliche Generalversammlung der Landesgewerbeamt Sachsen, e. G. m. b. H., Dresden, werden bekanntlich vom 7. bis 9. Mai in Bad Schandau Mauer abgehalten. Es wird mit mehreren Hundert Teilnehmern aus ganz Sachsen gerechnet. Am Sonnabendabend ist ein Strandfest großen Stils geplant, an dem sich die Einwohnerschaft rege beteiligen kann. Man rechnet aber auch damit, daß die Besitzer der Häuser an der Elbe durch Fensterillumination und dergleichen zur Verschönerung dieses Festes beitragen. Auf einem schmidtschen Dampfer am jenseitigen Elbufer wird die Stadtmusikkapelle konzertieren. Dort wird auch für Illumination und andere ähnliche Ueberraschungen gesorgt. Am hiesigen Elbufer werden bereits jetzt Ehrenpforten errichtet. An die Einwohnerschaft ergeht die Bitte, Straßen und Häuser zu schmücken und die Flaggen aufzuziehen. — Am Sonntag wird ein Begrüßungsabend die Genossenschaftler im städtischen Kurhaus vereinen. Diese Veranstaltung kann wegen des zu erwartenden Platzmangels nicht den Charakter der Öffentlichkeit tragen, damit vor allem die von auswärts gekommenen Gäste im Saale Unterkunft finden. — Gestern abend waren in Sigls Bierstuben die Vorsitzenden der verschiedenen Ausschüsse zusammengelassen, um über ihre Tätigkeit zu berichten. Es konnte festgestellt werden, daß alles gut vorbereitet ist und es lediglich Sache des Wettergottes sein wird, die Veranstaltungen durch günstiges Wetter auszuzeichnen. Bereits am Sonnabend, wie auch am Sonntag finden Tagungen der verschiedenen Genossenschaften statt; am Montag wird dann der 23. ordentliche Verbandstag des Landesverbandes abgehalten, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag des sächsischen Finanzministers Weber über „Mittelständische Finanzwirtschaft im Rahmen der Staatspolitik“ und ein solcher von Prof. Dr. Stein über „Die Genossenschaft als Unternehmung“ steht.

Ein Stahlhelmheim im Rinnigshof. Vom „Stahlhelm“ B.d.F. Bezirksgruppe Pirna wird uns geschrieben: Am 1. Mai ds. Js. ist in unserem Gebiete ein Stahlhelmheim errichtet worden. Dasselbe befindet sich im Rinnigshof, und zwar im Hause „Ostheim“. Die Einweihung desselben findet voraussichtlich anlässlich des Bezirksfestens am Sonntag, den 29. Mai, vormittags 11 Uhr statt. Alles weitere wird noch in dieser Zeitung und durch Anzeigen bekannt gegeben.

25-jähriges Dienstjubiläum. Morgen, am 5. Mai, begeht Plakmeister Hermann Ehrst sein 25-jähriges Dienstjubiläum bei der Firma Rudolf Zschaler, Dampfzweigwerk Postelwitz.

Der Ev.-Luth. Landesverein für Sachsen hält nächsten Sonntag, den 8. Mai, in Neukirch-Ost eine Gaudatagung für Ostsachsen ab. Nach einem Gottesdienst, in dem Pfarrer Klees aus Dresden die Festpredigt halten wird, wird in geschlossener Mitgliederversammlung über die Frage beraten werden: Wie erfüllen wir unsere Aufgaben im Schulverein? Am 1/4 Uhr wird in öffentlicher Versammlung Lehrer Schleich aus Dresden über das Thema sprechen: „Heilige Elternpflicht.“ — Mit Rücksicht auf das kommende Reichsschulgeseß gewinnt diese Tagung besondere Bedeutung.

Der Stand der Arbeitslosigkeit im Königsfelder Bezirk. Beim Bezirksarbeitsnachweis Königsfelden waren die Zahlen der Erwerbslosen am 30. April 1927 folgende: Hauptunterstützungsempfänger ohne Notstandsarbeiter 442, davon männlich 368, weiblich 74. Zuschlagsempfänger waren 586 vorhanden. Diese Zahlen weisen gegenüber der Berichtsperiode vom 1. bis 15. April 1927 wieder eine erfreuliche Abnahme auf, zum Teil durch Abgang in Notstandsarbeiten, die bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern 225, bei den weiblichen 37 und bei den Zuschlagsempfängern 336 Personen betragt.

Dürfen die Namen von Nichtwählern veröffentlicht werden? Die immer schlechter werdende Beteiligung bei den Wahlen für die öffentlichen Körperchaften haben in zahlreichen Gemeinden dazu geführt, daß die Gemeindevertretungen den Beschluß gefaßt haben, die Namen der Nichtwähler zu veröffentlichen. Unter anderem hatten auch die Gemeindeverordneten in dem Orte Wilthen bei Baunzen beschlossen, eine Liste der Nichtwähler in den Stimmlokalen und im Gemeindeamt auszuliegen. Der Bürgermeister von Wilthen aber hatte gegen den

masse brechend, im Morgengrauen verwirrt ihr Kriegslager vor sich.

Einem Weibe verdankte so der spanische König, daß die kastilianischen Farben auf allen Besten des Landes flatterten. Nicht allzu lange freilich. Rot von Gold und Blut war der Traum, der Spanien auf die Zinnen der neuen Welt hob, und er erlosch in Gold und Blut.

Enttäuschung.

In der richtigen Erkenntnis, daß die Staatsbürger keineswegs der Behörden halber da wären, sondern im Gegenteil die Behörden zur Ordnung und Erledigung der mancherlei Belange der Bürger geschaffen sind, war von oben herab die Weisung ergangen, sich im Verkehr mit dem Publikum eines zwar sachlichen, aber höflichen Tones zu bedienen.

Entsprechend habe ich die Beamten meines Dienstbereichs unterrichtet. Dies tat ich so überzeugt, als mir der zuweilen herrische Ton mancher Dienststellen in eigenen Angelegenheiten oft Unbehagen bereitet hatte.

Einer meiner Sekretäre, ein besonders lebenswürdiger Mann, glaubte nunmehr eine neue Zeit dienstlichen Schrifttums gekommen und fandte alsbald in Sachen eines Schadensanspruches, den der Antragsteller dem Reich gegenüber geltend machte, folgende Anfrage an ihn:

„Auf Ihr werthes Schreiben vom 16. d. Mts. werden Sie ergebend gebeten, zunächst Ihre Personalien hierher mitzutheilen. Wie heißen Sie? (Sämtliche Vornamen wollen Sie freundlichst angeben). Wann und wo sind Sie geboren? Die beschleunigte Beantwortung dieser Fragen dient der raschen Erledigung Ihrer Schadenssache.“

Worauf der Antragsteller, seines Zeichens ein oberflächlicher Bergmann, in Mißachtung der höflichen Anfrage kurz und rauh antwortete: „Geh Sie gar nichts an, schicken Sie das Geld!“

Welt und Wissen.

Zur Feier des 75-jährigen Bestehens des Vereins für religiöse Kunst veranstaltet die Ortsgruppe Berlin einen Kursus für Kunst und Kunst vom 10. bis 13. Mai, an dem an leitender Stelle hervorragende Persönlichkeiten des kirchlichen und künstlerischen Lebens teilnehmen.

Erzunde in Baden. Im oberen Teil der badischen Rheinebene sind Blei-, Kupfer-, Zinn-, Arsen- und Schwefelerze in solcher Menge vorgefunden worden, daß der badische Fiskus die Metalle in Bergwerken abbauen will.

Die Totengruft.

Historische Skizze von D. Fraas, München.

Am Strande schaukelten die hochbordigen Fahrzeuge der Spanier. Entlang der Uferböschung war in Eile ein Kriegslager errichtet, in dessen Mittelpunkt vor einem purpurnen ausgelegenen Zelt braungebrannte Gefellen Wache standen, die Archebuben in den Käufen. Im Goldrausch kochten die erregten Sinne der Soldaten. Alle Schätze, die Cortez und Pizarro, Alvarado und Ojeda in den neuen Provinzen des Königreichs gesahnt, lebten im Wachen und Träumen dieser Desperados. Viele Tausende von ihnen vermeinten Beutehung, nicht eilig genug das rote Glück lücheln und der Wertbetrommel folgen zu können.

Die Wächter vor dem Zelt verstummten. Der Vorhang rauschte. Im Wuscheln der verflüchtenden Sonne trat der Feldherr heraus, Diego Almagro. Der rostige Harnisch dröhnte bei seinem wichtigen Schritt. Aus dem pockennarbigem Gesicht schaut, lebten im Wachen und Träumen dieser Desperados. Viele Tausende von ihnen vermeinten Beutehung, nicht eilig genug das rote Glück lücheln und der Wertbetrommel folgen zu können.

Die Wächter vor dem Zelt verstummten. Der Vorhang rauschte. Im Wuscheln der verflüchtenden Sonne trat der Feldherr heraus, Diego Almagro. Der rostige Harnisch dröhnte bei seinem wichtigen Schritt. Aus dem pockennarbigem Gesicht schaut, lebten im Wachen und Träumen dieser Desperados. Viele Tausende von ihnen vermeinten Beutehung, nicht eilig genug das rote Glück lücheln und der Wertbetrommel folgen zu können.

Der Führer schwieg. Dann ließ er ihr ein kleines Zelt aufschlagen und erklärte sie für Gefangen. Den Truppen gebot er, ihr im Lager alle Freiheit zu lassen, doch zahlte mit dem Kopf, wer sie entweichen ließe.

Den eisernen Mann hatte eine seltsame Unkraft gepackt. Das Weib zelte, entzog sich, war zu Zeiten geschwächt gleich den bunten Vögeln ihrer Heimat, dann wieder sprach und versprach nur die rätselvollen Augensterne. Aber sie erschrak, als der Gefürchtete sie gewaltfam an sich riß und seine schwere Hand sie im Sturm eines unbegreiflichen Zornes schüttelte, des Zornes über den Sieg ihrer Schönheit.

Ein Verhängnis für das beklagenswerte Land wird diese Leidenschaft. Der schwache Widerstand der Einheimischen brach bald zusammen. Marina leitete die Fremden zielstrebig von Sieg zu Sieg. Ihr, der Priesterstochter, blieb nichts verborgen. In die nördliche Provinz war Diego Almagro eingebrochen. Man hatte an den Felshöhlen zufällig einzelne Bestat-

Beisatz Einpruch erhoben und, als die Gemeindeverordneten trotzdem an ihrem Beschlusse festhielten, auf Weisung der Amtshauptmannschaft Klage bei der Kreisgerichtshauptmannschaft Bautzen als Verwaltungsgericht auf Aufhebung dieses Beschlusses erhoben. Die Kreisgerichtshauptmannschaft Bautzen hat die Klage des Wiltshener Bürgermeisters als beachtlich erklärt und ihre Entscheidung, daß die Veröffentlichung der Nichtwähler ungeeignet sei, u. a. wie folgt begründet: „Durch die Reichsverfassung Art. 125 wird bestimmt: ‚Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis sind gewährleistet. Das Nähere bestimmen die Wahlgesetze.‘ Obwohl im Reichswahlgesetz und in der Reichsstimmordnung, im Gesetz über den Volksentscheid, im Landtagswahlgesetz und in der Gemeindevahlordnung alles Nähere geregelt ist, ist nirgends gesagt, daß die Namen der Nichtteilnehmer zu veröffentlichen sind und veröffentlicht werden können. Die Ausübung des Wahlrechts — und erst recht die Teilnahme am Volksentscheid — beruht auf dem freien Willen des Wählers. Eine Wahlpflicht besteht im Deutschen Reich nicht. Ihre Einführung ist vielmehr ausdrücklich abgelehnt worden. Wenn aber Wahlfreiheit durch die Reichsverfassung ausdrücklich gewährleistet wird, kann die Ausübung des Wahlrechts nicht durch amtliche Maßnahmen erzwungen werden. Dies kann aber nur der mit der Veröffentlichung der Namen der Nichtteilnehmer verfolgte Zweck sein. Durch die Bekanntmachung sollen sie bloßgestellt werden, damit sie das nächste Mal an der Wahl teilnehmen. Sie sollen also in ihrer Wahlfreiheit beeinträchtigt werden. Die Wahlfreiheit wird auf diese Weise zur Wahlpflicht umgestaltet. Geschäftsleute können außerdem noch besondere Geschäftsnachteile erleiden, die ihnen eine Beteiligung an der nächsten Wahl schon aus Geschäftsinteressen notwendig erscheinen lassen. An der Geschäftswirksamkeit der amtlichen Bekanntmachung der Nichtwähler kann der Umstand nichts ändern, daß den Parteien so weitgehende Kontrollbefugnisse eingeräumt wird, daß sie unter allen Umständen genau feststellen können, wer an der Wahl teilgenommen hat und wer nicht. Es ist ein Unterschied zu machen zwischen der Feststellung der Teilnahme durch die Parteien und der amtlichen Bekanntmachung.“ — Diese Entscheidung wird, wie die „Bauzner Nachr.“ mitteilen, Rechtskraft erlangen, da die Mehrheit des Gemeindeverordnetenkollegiums zu Wiltshen beschloß, von Einlegung der Berufung abzusehen.

Königstein. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Montagmittag auf der Kriehschicht-Königsteiner Staatsstraße. Der in der Mitte der 20er Jahre stehende Arbeiter Paul Naumann aus Langenhennersdorf fuhr mit seinem Rade nach Pirna zu. Als ihm an der Straßengabelung Königstein-Langenhennersdorf ein Kraftwagen entgegenkam, wollte er, in der Annahme, der Kraftwagen würde nach Langenhennersdorf fahren, ausweichen. Dabei wurde er von dem linken Kotflügel des nach Königstein fahrenden Kraftwagens erfaßt und vom Rade gerissen. Außer sonstigen Verletzungen erlitt er einen Nervenstoß und eine Gehirnerschütterung. Das Rad wurde völlig zerstört. Mit einem Privatauto wurde der Verletzte nach dem Krankenhaus in Pirna gebracht. Die Verletzungen sind schwer, jedoch glücklicherweise, wenn keine weiteren Komplikationen eintreten, nicht lebensgefährlich. Er war Montag und Dienstag noch zeitweise ohne Bestimmung. — Fast an derselben Stelle ereignete sich, ebenfalls am Montag, ein zweiter Unfall. Bei dem Versuch, ein vor ihm fahrendes Lastauto zu überholen, fuhr ein Personenkraftwagen gegen einen Baum oder Straßenstein, wobei ein Vorderrad des Personenkraftwagens abfiel und der Kraftwagenfahrer eine Verletzung an der Hand davontrug. Der Wagen mußte abgeschleppt werden.

Dresden. 50 Jahre im hiesigen Stadtforsitz tätig. Der Walbarbeiter Eduard Uhlig ist jetzt 50 Jahre im hiesigen Stadtforsitz tätig.

Dresden. Zeitungsverkauf. Der Verlag der Berliner „Germania“ hat am Sonntagabend die in Konkurs geratene „Sächsische Volkszeitung“, das Organ der sächsischen Katholiken, mit der dazu gehörigen Saxoniadruckerei gekauft. Die Übernahme erfolgte bereits gestern.

Dresden. Entwichen. Die Kriminalpolizei teilt mit: Aus der Heil- und Pflegeanstalt Dresden ist am 1. Mai, nachmittags 7 Uhr, der Zahntechniker Franz Hans Kuhnert, geboren am 27. August 1891 in Karbitz in Böhmen, entwichen. Er ist auf Grund eines Haftbefehls festzunehmen. Kuhnert leidet an Magenkrebserkrankung mit Magenblutungen. Bei seiner Flucht trug er grauen Anzug.

Dresden. Mord? Wie aus Beiersdorf berichtet wird, wurden dort auf Anordnung der Dresdener Staatsanwaltschaft die Leberreste des vor sechs Jahren durch einen Schuß verunglückten Landwirts Weber ausgegraben, da der Verdacht besteht, daß Weber durch seinen Schwager oder seine Schwester gewaltsam umgebracht worden ist.

Dresden. Zu dem Bootsunglück bei Dresden-Tolkewitz. Die Leiche des bei dem Bootsunglück in Dresden-Tolkewitz ertrunkenen Schlossers Fritz Kühn, Wackwitz, ist am Montag in Meißen angeschwommen. Die Leiche wurde nach dem Friedhof Lohschwitz übergeführt.

Freital. Errichtung eines Stadthauses. Am Neumarkt, der den Kern des künftigen Stadtforsums Freital bilden soll, wird noch in diesem Jahre ein neuzeitliches Geschäfts- und Wohnhaus, Stadthaus genannt, für 420 000 M. gebaut. Bis November soll der Bau fertig sein. — Zur Deckung des Fehlbetrages im Stadthaushaushalt nimmt die Stadt bei der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden eine Anleihe von 600 000 M. auf. Dies wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung genehmigt. — Ein Driskrankenkassembäude von 250 000 M., das ein Geschäftshaus mit 6 Wohnungen werden soll, will die Driskrankenkasse Freital errichten. Weiter soll ein Behelfsbau als Jugendheim gebaut werden.

Blumberg. Schwerer Betriebsunfall. Der an der Säckschneidemaschine beschäftigte landwirtschaftliche Arbeiter R. Gintischel wurde vom Treibriemen erfaßt, der ihm einen Arm herausriß. Der Verunglückte hatte erst Ostern die Schule verlassen.

Markranstädt. Die Gefahr der Transmission. In einer hiesigen Rauchwarenzerthierei waren Arbeiter damit beschäftigt, Dampfrohre abzudichten. Dabei kam einer in die Transmission, wurde von dieser erfaßt und etliche Male herumgeschleudert. Mit vielen Knochenbrüchen wurde er nach dem Leipziger Krankenhaus überführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Leipzig. Um eine Reichsbahndirektion Leipzig. Der Zentralverband der Leipziger Bürgerbundes hat an den Rat der Stadt Leipzig die Frage gerichtet, wie es um die Bemühungen für Errichtung einer Reichsbahndirektion Leipzig stehe, für die ein dringendes Bedürfnis vorliege.

Leipzig. Tödlicher Unfall. Auf dem Bahnhof Gashwitz wurde der Zugführer R. aus Reichenbach i. B. tödlich überfahren.

Leipzig. Schwer verbrüht. Im Grundstück Weizenfelder Straße 47 verbrühte sich das 1½-jährige Kind eines Kraftwagenführers. Der Junge hatte in einem unbewachten Augenblick den Gas Schlauch ergriffen und daran gezogen, wodurch

ein Topf mit heißem Wasser umgeworfen wurde. Der Inhalt ergoß sich über den Körper des Kindes, das sehr schwere Brandwunden davontrug und sofort nach dem Diakonissenhaus gebracht werden mußte. — Fahrlassige Brandstiftung. Am 2. d. M. ist in einem Hause Graßlstraße 36 durch Fahrlässigkeit ein Brand entstanden. Eine in Benutzung befindliche elektrische Platte war auf einen Stuhl gestellt worden, ohne daß der Strom ausgehakt war. Der Stuhl hat hierdurch Feuer gefangen und hat auch noch andere Möbelstücke in Brand gesetzt. Die herbeigerufene Feuerwehr beseitigte jede weitere Gefahr.

Leipzig. Zwei „schwere Jungen“ ausgebrochen. In der Nacht zum 1. Mai sind aus der Gefangenenanstalt I Leipzig (Moltkestraße) zwei schwere Einbrecher, und zwar der Schlosser Friedrich Wilhelm Oskar Bachmann, geb. am 2. Juli 1900 in Hohenleina, und der Eisendreher Reinhold Max Segewald, geb. 8. Dezember 1898 in Wahren, ausgebrochen. Mit einem Teile der von ihnen zerlegten Bettstelle haben sie ein Loch in die Decke der Zelle gearbeitet. Durch dieses sind sie auf den Boden des Gefangenenhauses und durch ein Dachfenster auf das Dach gelangt. Von hier aus ist es ihnen dann vermutlich gelungen, durch eines der benachbarten Grundstücke die Straße zu erreichen. Bachmann ist 1,75 Meter groß, schlank, hat mittelbraunes Haar, bräunlich-grünliche Augen und längliches gesundes Gesicht. Bei seiner Flucht war er mit schwarzem Jackett, grauer Kniehose und grauer Mütze bekleidet. Segewald ist 1,74 Meter groß, schlank, hat blondes Haar und Tätowierungen an beiden Armen, einen Totenkopf und einen Anker mit zwei über Kreuz liegenden Rudern darstellend. — Die beiden Entwichenen sind äußerst gemeingefährliche, mit Zuchthaus verurteilte Einbrecher. Insbesondere ist Bachmann ein ganz besonders „schwerer Junge“, der vor dem Neuesten nicht zurückschreckt. Er wurde im vergangenen Jahre Anfang Dezember in Leipzig festgenommen, nachdem er mit mehreren Komplizen 14 verschiedene Einbrüche ausgeführt hatte. Als er damals zusammen mit einem Komplizen nach einem Bäderladen-Einbruch festgenommen und nach der Wache abtransportiert wurde, ließ der Beamte die beiden Einbrecher vor sich hergehen. Plötzlich drehte sich Bachmann um und wollte mit einer Pistole auf den Polizeibeamten schießen. Ehe er

Gauturnfest Bad Schandau

vom 2. bis 4. Juli 1927

Unter der Leitung des Gauoberturwartes R. Seltsman vom Reizner Hochland-Turngau fand am vergangenen Sonntag in Bad Schandau Turnwarteturnen für Männer statt. Ungefähr 70 Vertreter aus den Gauvereinen hatten sich vormittags 11 Uhr in der Halle der hiesigen Turngemeinde eingefunden, um gemeinsam nach vorangegangenen Laufübungen noch einmal die für das Gauturnfest vorgegebenen Freiübungen durchzuführen. Nach diesen war Gemeinturnen am Red, Barren und Pferd. Außerdem wurden die Wettkampfübungen, sowie die Stabübungen für Keltere durchgeführt.

Dem Turnen folgte von 1/2 Uhr ab in Gerschner's Restaurant eine Turnversammlung, in welcher außer der Aussprache über das stattgefundene Turnen vor allem über das bevorstehende Gauturnfest gesprochen wurde.

Bemerkenswert sei noch, daß 8 Tage zuvor die Frauenturnwarte vom M. H. T. ebenfalls hier in Bad Schandau getagt haben. Gut Heil!

jedoch dazu kam, hatte ihn der Beamte mit seiner Dienstpistole die Hand durchschossen. — Aufeinander sind die beiden Ausbrecher schon wieder an „ihre Arbeit“ gegangen, denn ein am 1. Mai verübter Einbruch in die Wohnung eines Fleischermeisters läßt die Arbeitsweise Bachmanns erkennen. Den Verbrechern ist hier ein Geldbetrag von 295 Mark sowie zwei Bankbücher der Leipziger Handels- und Verkehrsbank in die Hände gefallen.

Kirchenmusikalische Tagung des Kantoren- und Organisten-Vereins.

Die am 1. Mai in Königstein abgehaltene kirchenmusikalische Tagung kann als gut gelungen bezeichnet werden. Nachmittags 4 Uhr versammelte sich Kantorenschaft nebst Angehörigen und Gemeinde im Gotteshaus zu einer fast dreistündigen erbauenden und belehrenden Darbietung. Das Programm bot nur Perlen kirchenmusikalischer Kunst, die außer dem Schlussgesang den evangelischen Choral in strahlender Kraft aufleuchten ließen. In klaren, tiefstürzenden Ausführungen über Gesichtliches und über die dargebotenen Werte im einzelnen verbreitete sich Kantor Werker eingangs und zwischen den Darbietungen. Bei den gemischten Chören wirkte ein Teil der Kantorenschaft mit. Obwohl nur wenige Proben stattfinden konnten, wirkte der Zusammenklang mit dem feingebildeten Königsteiner Frauenchor ganz prächtig, besonders bei der achtstimmigen Schlussmottete „Wo ist ein so herrlich Volk“ von Brahms. — Gegen 7 Uhr begann die Nachversammlung im großen Saale des „Blauen Stern“. Begrüßungen wurden getauscht, und wieder gab es viel und schöne Musik zu hören: Kammermusik von Mozart und gemischte weltliche Chöre von Hauptmann. Geheimrat Hempel vom Landestonsinstitium wohnte der Tagung bei und sprach seine Anerkennung aus. Dank gebührt vor allem dem musikalischen Leiter, Kantor Werker, der als tiefer Kenner alter und neuer Kunst endlich einmal aus seiner stillen, arbeitsreichen Zurückgezogenheit herastrat. J. W.

Sport.

Sp. Der erste Tag des Küstensegelflugwettbewerb in Rossitten. Zum Verlauf des ersten Wettbewerbtages des vierten Deutschen Küstensegelflugwettbewerb wird mitgeteilt, daß etwa vierzig Starts ausgeführt wurden. Ferdinand Schulz flog auf der „Westpreußen“ einen schönen Drei-Minuten-Segelflug. Max Segel blieb auf seinem Segelflugzeug mit Hifsmotor elf Minuten in der Luft, Espenlaub machte mit seinem Anhängesegelflugzeug Versuche auf der Bogelwiese in Rossitten.

Ein neuer Segelflug-Weltrekord in Rossitten.

Rossitten, 3. Mai. Der Ostpreuße Ferdinand Schulz, der auf seinem Segelflugzeug Westpreußen heute früh um 4.51 Uhr gestartet ist, befand sich nachmittags um 5.25 Uhr noch in der Luft. Er hatte um diese Zeit mit einer Flugdauer von 12½ Stunden den Weltrekord in Dauerflug für Einfliegerflugzeuge bereits um mehr als 2 Stunden überboten, der von dem Franzosen Massiau mit 10 Stunden 19 Minuten 43,4 Sekunden gehalten wurde. Schulz beabsichtigt, den Flug bis zu einer Dauer von 15 Stunden fortzusetzen.

Weltrekordflieger Schulz glatt gelandet.

Rossitten, 3. Mai. Ferdinand Schulz ist auf seinem Segelflugzeug „Westpreußen“ kurz vor 7 Uhr unweit der Startstelle nach einer Flugdauer von 14 Stunden 8 Minuten glatt gelandet.

Legte Drahtmeldungen. Die Rheinlandfrage.

Doumergues Londoner Besuch. — Vor wichtigen Besprechungen Briand-Chamberlain.

Paris, 4. Mai. Der französische Botschafter in London, de Fleuriau, ist in Paris eingetroffen, um die Einzelheiten des Besuchs des Präsidenten Doumergue, der bekanntlich in Begleitung Briands nach London reisen wird, zu regeln. Wie versichert wird, wird de Fleuriau gleichzeitig mit den maßgebenden Stellen des Quai d'Orsay und mit dem französischen Außenminister alle diejenigen Fragen erörtern, die während der Londoner Anwesenheit Doumergues Gegenstand einer Aussprache zwischen dem französischen und englischen Außenminister bilden werden.

Aus guter Quelle verlautet, daß die Unterredung zwischen Briand und Chamberlain einen sehr umfassenden Charakter haben und alle die politischen Probleme berühren wird, die zurzeit die Staatskanzleien in Frankreich und England am stärksten beschäftigen: Die Rheinlandfrage, der italienisch-jugoslawische Konflikt, die Revision des Tanagerstatutes und die Vorgänge in China. Man vermutet, daß nur in der chinesischen Frage gemeinsame Richtlinien zwischen Frankreich und England vereinbart werden.

Mit besonderem Interesse ist der Aussprache über das Rheinlandproblem und die damit zusammenhängenden Fragen entgegen zu sehen. Man erwartet, daß noch vor der Abreise Doumergues nach London die Demarche der Reichsregierung in der Rheinlandfrage am Quai d'Orsay erfolgen wird, so daß Briand und Chamberlain Gelegenheit haben werden, die dadurch geschaffene neue Lage in einer gegenseitigen Unterhaltung zu klären, bevor Deutschland eine endgültige Antwort erhält, zumal nach Auffassung der französischen Regierung die Behandlung des Rheinlandproblems eine vorherige Verständigung zwischen Frankreich und seinen Alliierten voraussetzt.

Englische Rheinlandfragen.

London, 4. Mai. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph beschäftigt sich heute in längerer Ausführungen mit der kürzlichen Rede des Reichsjustizministers Hergt. Wichtiger, so meint der Korrespondent, als die Frage, ob die Rede mit geheimer Zustimmung Dr. Stresemanns oder zu dem Zweck gehalten worden sei, einen Druck auf Stresemann auszuüben, sei die Tatsache, daß die Forderung Hergts auf eine baldige Diskussion der Rheinlandfrage mit der Forderung des deutschen Außenministers zusammenfalle. Es sei so gut wie sicher, daß diese Frage im Zusammenhang mit der Juni-Tagung des Völkerbundes, vielleicht sogar in der Ratstagung selbst, von Dr. Stresemann aufgerollt werde. Die diplomatischen Beobachter stimmten darin überein, daß das Ausbleiben jeglicher Erleichterungen nach Locarno und Thoiry in Deutschland wachsende Besorgnis auslöse, obwohl hinsichtlich der Abrüstung keinerlei Material gegen Deutschland mehr vorliege. Für Deutschland überfrage die Rheinlandfrage gegenwärtig alle anderen Probleme. Der diplomatische Korrespondent behauptet in diesem Zusammenhang, daß die Ablenkung Großbritanniens von der Räumungsfrage durch die Vorgänge in China und durch innerpolitische Sorgen Berlin in den letzten Monaten zu einer stärkeren Beachtung der russischen Politik geführt habe. Das Reich benötige diplomatische Unterstützung, und wenn es sie nicht im Westen finden könne, dann suche es sie im Osten. Poincarés letzte Rede lasse aber darauf schließen, daß Frankreich schwerlich für eine baldige Rheinlandräumung zu gewinnen sein werde.

Neue Uberschwemmungsgefahren am Mississippi.

Im nordöstlichen Louisiana und auch im Mississippi-Delta in der Nähe von Vidalia und nördlich von Vidalia drohen neue Uberschwemmungsgefahren. Das schlimmste wird von einem möglichen großen Dammbrech unterhalb von Vidalia befürchtet, wo bereits vier Bruchstellen vorhanden sind. Ein solcher Dammbrech würde das Hauptdammsystem gefährden und ein großes Gebiet in einen See verwandeln.

Nach einer Meldung aus Norfolk in Virginia stürzte dort ein amerikanisches Marineflugzeug ab. Die beiden Insassen, zwei bekannte Piloten, wurden getötet. Das Flugzeug wurde vollständig zerstört.

Die Universität Milwaukee ernannte den deutschen Botschafter in Washington, Freiherrn v. Maltzan, zum Ehrendoktor.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Ein internationaler Taschendieb, ein ganz eigenartiger Spezialist, stand in der Person des 1901 in Alexandrien geborenen Kaufmanns Samuel Weinberg vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, in Köln, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Berlin, Leipzig und Dresden eine ganze Anzahl Diebereien begangen zu haben. Weinberg sucht Geschäfte mit Fernsprecher auf, erbittet sich eine Gelegenheit zum Telefonieren und stiehlt bei derartigen Gelegenheiten Damenhandtaschen, die oftmals in der Nähe der Telephonzellen aufbewahrt werden und Geschäftsfräuleins oder Geschäftseigentümern gehören. Die in den Handtaschen vorgefundenen Geldbeträge nahm Weinberg an sich und lebte davon. Nach der erhobenen Anklage hat W. verschiedentlich recht ansehnliche Bareträge in die Hände bekommen. Die Handtaschen mit dem übrigen Inhalt hat er angeblich immer weggeworfen oder liegen lassen. Dem Angeklagten wurden aber noch andere Betrügereien zur Last gelegt, die er in Düsseldorf, Mannheim, Frankfurt a. M., Leipzig, Berlin und anderwärts verübte, indem er Hotelgasthuden machte und mittels gefälschten Schecks, die von ihm wiederum aus einem erst gestohlenen Scheckbuche herausgeschrieben wurden, in Zahlung gab oder unter Benutzung derartiger falscher Schecks andere Verbindlichkeiten zu regeln suchte. Weinberg, der wegen ähnlicher Betrügereien bereits in Holland und Brüssel vorbestraft ist, trat dabei auch unter falschem Namen auf oder bezeichnete sich als Sohn reicher Eltern aus Sumatra. Weinberg wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Auch geht er drei Jahre der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig.

Wasserstand im Monat Mai.

Datum	Moldau		Iser		Eger		Elbe			
	Bud-weiß	Mo-bran	Jung-bung-lau	Laun	Rim-burg	Mel-nik	Leit-meritz	Auf-sig	Dres-den	Bad-Schandau
3.	-102		+94	+122	+194	+176	+221	+45	+95	
4.	-40	+83	+38	+82	+110	+190	+185	+234		+118

Anmerkung: Ein plus bedeutet über 0, ein minus bedeutet unter 0.

Regulierung von Havel und Elbe.

Besichtigung der Ueberschwemmungsgebiete durch Reichsverkehrsminister Dr. Koch und Reichsernährungsminister Schiele. — Der Bevölkerung dieser Gegend soll schnell geholfen werden. — Die Verlegung der Havelmündung.

Von Rathenow aus unternahm am Freitag Reichsverkehrsminister Dr. Koch und Reichsernährungsminister Schiele eine Fahrt durch das Ueberschwemmungsgebiet der Havel und der Elbe.

Außer den Vertretern der Regierung, Regierungspräsident Dr. Mommsen und Vizepräsident Schlöbner, beteiligten sich an der Fahrt auch Wasserbaudirektor Dr. Ing. Zander-Magdeburg und die Landräte der Kreise Westhavelland, Zerschow, Osteregurg und Westprignitz.

Die Fahrt selbst führte von Rathenow über Havelberg nach Wittenberge und ergab ein anschauliches Bild von der Verwüstung durch das Hochwasser. Im Kreise Westhavelland hat die Havel 40 000 Hektar und in der Prignitz die Elbe 12 000 Hektar überflutet. Besonders groß ist der Hochwasserschaden im Gebiet der unteren Havel, wo jegliche Stromregulierung fehlt. Deiche sind hier nicht vorhanden, und ungehindert tritt das Wasser über die Ufer. Die Ortschaften Strohdöhne, Ruhlhausen und Zedrich sind vom Wasser umgeben, und bei dem späten Einsetzen des diesjährigen Frühjahrshochwassers sind die Saaten mehr als sonst der Vernichtung preisgegeben. Das Vieh ist ohne Futter und die ohnehin durch die Lebererkrankung schwer geschädigte Landwirtschaft steht vor dem Ruin.

Im Mittelpunkt des Interesses stand während der Fahrt die Aussprache über die Regulierung

der Havel und Elbe, die nach Bildung des Elbe-Havelkomitees von den Interessenten mit Nachdruck gefordert wird. Reichsverkehrsminister Dr. Koch besichtigte auch bei Wittenberge das Ueberschwemmungsgebiet der Karthause und Stepritz und nahm bei dieser Gelegenheit das Wort. Er führte u. a. aus, daß man im Ministerium die Notwendigkeit der Regulierung der Havel und Elbe erkannt habe und daß man sich klar darüber sei, das Projekt der Verlegung der Havelmündung mit größter Eile fertigzustellen. Wenn auch das Projekt in seinen Einzelheiten noch nicht fertig vorliege, so habe doch diese Fahrt gezeigt, daß der Bevölkerung dieser Gegend schnell geholfen werden muß. Er werde alles tun, um von sich aus das Projekt zu fördern, damit es sich bald zum Segen der bedrohten Ortschaften auswirke.

Wie das Projekt aussieht.

Die jetzige Mündung der Havel in die Elbe wird durch eine Schleuse geschlossen. Von dem Dorfe Rixow in der Nähe der Havelmündung baut man einen 30 Kilometer langen Kanal, der sich parallel zur Elbe bis zum Dorfe Gnevsdorf erstreckt. Dort soll der Kanal in die Elbe übergehen und so die neue Havelmündung bilden. Auf diese Weise wird das Gefälle der Havel um 80 Zentimeter erhöht. Der Abfluß wird bedeutend schneller, und die Wassermassen, die jetzt die Umgebung überfluten, können durch diese Beschleunigung des Abflusses gefahrlos in die Elbe abgeführt werden. Natürlich wird der Wasserstand der Elbe durch diesen schnelleren und stärkeren Zufluß erhöht, und zwar, wie man annimmt, um 30—40 Zentimeter. Man will deshalb die Sommerdeiche an der Elbe um ebensoviel erhöhen.

Durch den schnelleren Abfluß entsteht die Gefahr, daß die Havel in den heißen Sommermonaten auch einmal zu wenig Wasser führen wird. Um dem vorzubeugen, sollen in den Kanal mehrere Schleusen eingebaut werden.

Diese Pläne kamen in Havelberg zur Besprechung, sie wurden gutgeheißen und sollen dem Preussischen Landtag vorgelegt werden.

Gächsischer Landtag.

Schulfragen im Landtag.

Dresden, 3. Mai. Der Landtag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung fast ausschließlich mit Schulfragen. Zum Kapitel Volks- und Fortbildungsschulen des ordentlichen Etats lagen mehrere Anträge vor. Die Deutschnationalen forderten die baldige Errichtung christlicher Versuchsschulen und bezeichneten die jächsischen Schulverhältnisse als befriedigend. Der Volksbildungsminister stellte fest, daß Sachsen mit seiner überwiegend evangelischen Bevölkerung tatsächlich keine evangelischen Schulen habe, während es die katholischen Mitbürger, durchgehend hätten, ihre katholischen Schulen zu erhalten. Er erklärte, daß er der Errichtung evangelischer Versuchsschulen nicht entgegenstehe, nur müßten erst die Grundlagen für ihre Erhaltung gegeben sein. Der deutschnationale Lehrer Abg. Grelmann verlangte unter dem Widerspruch der Linken eine geheime Urabstimmung innerhalb der sächsischen Lehrerschaft über die Wiedereinführung des körperlichen Zuchtungsrechtes. Die Wirtschaftspartei verlangte, daß die Wahl der Elternvertreter zum Schulausschuß nicht durch bürgerliche Gemeindevertreter, sondern durch die bestehenden Elternräte vorgenommen werde. Die Kommunisten waren in ihren Forderungen wieder am wenigsten bescheiden, die Abschaffung des Schulgebets und der kirchlichen Feiertage, Erteilung des Religionsunterrichts nur auf Antrag der Eltern, öffentlicher Ausgang der Verordnung über das Verbot der körperlichen Zuchtigung usw. Die Kommunisten und Sozialisten traten für Ueberlassung der Schulräume an Bildungs- und Jugendorganisationen der politischen Parteien ein. Die Demokraten verlangten baldige Durchführung des Schulbedarfsgesetzes vom 31. Juli 1922 und die Wirtschaftspartei die Beseitigung von Ueberstunden der Handelslehrer. Der Begründung der Anträge folgte eine längere Aussprache, in der Redner sämtlicher Parteien nochmals ihre Wünsche und Forderungen vertraten. Der Volksbildungsminister erklärte, die in den Etat für Schulbauten eingestellten Mittel würden vorläufig genügen, denn die schlimmste Schulraumnot sei bereits beseitigt. Der Minister verteidigte dann die Errichtung der höheren Abteilungen der Volksschulen im 9. und 10. Schuljahr; sie stellten keine Standeschulen dar, wie von der Linken behauptet werde, sondern seien Glieder der allgemeinen Volksschule, die auch von den Ärmsten besucht werden könnten. Der Minister sprach dann sein Bedauern darüber aus, daß die Stellung eines Teils der Lehrerschaft zum Minister eine ganz andere sei, als die anderer Beamten zu ihren Ministern. Bei Abschluß des Berichts dauern die Verhandlungen fort. — Nächste Sitzung, Donnerstag, den 5. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Aus dem sächsischen Gesetzblatt.

Dresden. Das sächsische Gesetzblatt Nr. 13 vom 30. April enthält eine zweite Änderung der Verordnung zur weiteren Ausführung des Reichsgesetzes über die Schlachtrich- und Fleisch-

beschau; eine dritte Änderung der Verordnung über die Gewährung einer Entschädigung an verfehlte Beamte; eine dritte Änderung des Gesetzes über Gerichtskosten; eine zweite Änderung der Kostenordnung für Rechtsanwältinnen und Notare; eine fünfte Verordnung zur Änderung des Verwaltungskostengesetzes und eine dritte Verordnung zur Ausführung des Grundsteuergesetzes, die eine Rechtsmittelbelehrung über die Berufung gegen die Einspruchsentscheidung enthält.

Aus der Tschechoslowakei.

Lochkittel der tschechoslowakischen Finanzbehörde.

Warnsdorf. Auf das schon so oft gebrandmarkt Verhalten der Finanzbehörde, in den Grenzbezirken Lochkittel anzuwerfen, die dann ihre Kundtschaft wieder verraten, warf eine Gerichtsverhandlung in B. Weipa neuerdings ein bezeichnetes Schlaglicht. Vor diesem Gericht hatte sich der 29jährige Arbeiter Rudolf Zabel aus Obergrund bei Warnsdorf zu verantworten. Zabel wohnte seit Oktober des vorigen Jahres bei der Gastwirtin Bujchinsky in Wölmsdorf. Da er seine Verpflichtungen nicht bezahlen konnte, bot er seine Dienste der Grenzfinanzwache an, und zwar dergestalt, daß er in Sachsen das Salz einkaufte, über die Grenze brachte und in Böhmen wieder abzusetzen versuchte, wobei er sich bereit erklärte, die Parteien, die ihm das Salz abnahmen, sogleich wieder anzuzeigen. Anstatt aber den Lumpen hinauszuwerfen, wurde Zabel tatsächlich von der Finanzwache als Lochkittel angestellt, er erhielt sogar eine schriftliche Bescheinigung darüber, daß ihm in jedem einzelnen Falle eine Ergreiferprämie zugesichert wird. Diese Bescheinigung übergab Zabel dem Manne der Bujchinsky als Gutheißung für seine Schuld. Als er sie wieder unvermutet zurückbegehrt und Bujchinsky die Herausgabe verweigerte, wurde er derartig gewalttätig, daß Polizei und Gendarmen einschreiten mußten, um ihn zur Reue zu bringen. Er wurde nun wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu sechs Monaten schweren Kerker unbedingt verurteilt.

Die Auswanderungsbewegung in Nordböhmen.

Warnsdorf. Wie gemeldet, hat die dauernde Beschäftigungslosigkeit in den meisten nordböhmenischen Industriezweigen in der Arbeiterchaft eine Auswanderungsbewegung ausgelöst. Mehrere Arbeiter aus dem Zwidauer Gebiete haben sich bereits in Südamerika angehebelt. Neuerdings greift die Bewegung auch auf die Rixdorfer und Rumburger Industriegebiete über, wo für die Auswanderung nach Australien Stimmung gemacht wird. In Rumburg fand kürzlich eine Versammlung statt, in der ein Arbeiter aus Ober-Einsiedel über seine Erfahrungen in Australien berichtete. Seine verlodenden Darstellungen haben viele Versammlungsteilnehmer zu dem ersten Entschlusse geführt, in Kürze ihr hiesiges Arbeitsfeld zu verlassen und nach Australien auszuwandern.

Rückkehr aus russischer Gefangenschaft.

Rumburg. In der nahe der sächsischen Grenze liegenden nordböhmenischen Gemeinde Zeidler traf jetzt fast 12jähriger Uweienheit der während des Krieges in russische Gefangenschaft geratene Karl Köppler wohlbehalten bei seiner alten Mutter ein.

Ein Gemeindefreier vom Gemeindefreier angefallen.

Der 30jährige Gemeindeangestellte Biskula wurde von dem Gemeindefreier, der im Hofe angebunden war, angefallen und schwer verletzt. Er wurde mit der Bahn nach Brünn in die Krankenanstalt gebracht.

Die Echte: Rama butterfein

MARGARINE

Kristallglas-Diele

Hotel Schweizergarten
Täglich der
mondäne Tanz
u. **Barbetrieb**
Anfang 6 Uhr
Kein Weingewang

Stählt Euren Körper!



Es ist Pflicht eines jeden, Sport zu treiben zur Erhaltung und Stärkung seiner Gesundheit.

Der Ruderverein Bad Schandau bietet wiederum einer Anzahl junger Leute im Alter von 14—18 Jahren Gelegenheit, in seine Jugendabteilung einzutreten. Wer Interesse für unseren Rudersport hat, wird gebeten, seine Anmeldung bis 8. Mai im Vereinsheim, Hotel Unter, abzugeben.

Ruderverein Bad Schandau

Wittelsbacher Bierstuben

Dresden-A., Moritzstraße 10
Gutbürgerl. Speisestaurant
Reichhaltiger Mittags- und Abendtisch zu keinen Preisen
Echte Biere Gutgepflegte Weine
— Täglich Künstler-Freikonzert —
Inh. Frig Koppag

Kirchliche Nachrichten.

Jugendbund für Entschiedenens Christentum.
Heute 1/9 Uhr Jugendbundversammlung. Thema: „Jesu Kampf um Petrus“. Matth. 26, 69—75. Sebermann herzlich willkommen. Bohnefener Str. 69.

Mietwagen

offen und geschlossen, sechsstellig,
steht zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Verfügung
Reinhold Bräunling
Wendischfähre
Fernsprecher Bad Schandau Nr. 44
Für Taufen u. Hochzeiten Ermäßigung

Albert Engelhardt Uhren, Goldwaren
Uhrmacher Sprechapparate,
Bad Schandau Platten, optische Artik.

Gesucht

5 Zimmer

(event. mehr) nebst Zubehör
für bald oder später. Taufschwimmung in Gebnis vorhanden. Angebote unter „M. E. 85“ befördert die Geschäftsstelle dieses Blattes

WENN

es im vergangenen Jahre mit Ihrem Geschäft nicht vorwärtsging, wenn der Absatz sich verringerte, Ihre Stammkundschaft zusammenschmolz und neue Kunden nicht zu gewinnen waren, wenn überhaupt alle Ihre Bemühungen um Hebung des Geschäftes und Steigerung des Verdienstes umsonst waren,

DANN

geben wir Ihnen den ernsthaften Rat, es einmal mit einer Anzeige in dieser Zeitung zu versuchen. Werben Sie mit ihrer Hilfe Kundenschaft, ziehen Sie Käufer heran, so wie es Ihre Konkurrenz auch tut, die zu unseren ständigen Inserenten gehört. Verlangen Sie Rat schläge für eine erfolgverheißende Kundenwerbung von der Anzeigenstelle dieser Zeitung

Fräulein

mit 1a Zeugnissen, sichere Rechnerin, unsmichtig,

sucht Saisonstelle als Verkäuferin oder Annonceuse

Gef. Angebote unter „A. R. 22“ an die Sächsisch-Elbzeitung erbeten

Unterricht

in Englisch und Französisch. Vorbereitung für höhere Schulen

Fließende Konversation

Klavierunterricht

erteilt
Marie Kora
Haus Sagonia II, r.
Sindenburgstraße

Zuchttühe

ostpreuss., hochtragend und mit Kälbern sind wieder eingetroffen und stehen bei mir preiswert zum Verkauf
Kurt Hofffeld
Rathmannsdorf

Berühmtesten Sie unsere Inserenten



Jahresschau DRESDEN

1. Juni-30. September 1927



Donn., 5.5., ab 1/9 Betr. samtlg. Sportfr. herzlich willkommen D. Z.

5% Reichsbankdiskont!
Wer 1—5000 RM. Betr. f. a. Hypoth., Baugeld, Betriebskap., Darlehn wend. f. an Radloff, Dresden, Rasenerstr. 24
Aust. kostent., kein Prov.

Echt schw. u. gestr. Leder-Hosen

4.—, 5.50, 6.50, 7.50, 8.50
R. Grahl, Pirna, Herrenbekleidung